

Bei uns in NRW

und EUROPA



Das Magazin der
CDU Nordrhein-Westfalen



S. 6

Laschet trifft...
Dr. Julia Dinn



S. 12

Europawahl: Interview
mit unseren
Spitzenkandidaten



#unverzichtbar
 Persönliche Beratung zu Arzneimitteln.

**„Medikamente?
 Will ich Face-to-Face.
 In meiner Apotheke.“**



EINFACH UNVERZICHTBAR.

Ein geschulter Blick reicht manchmal schon, um zu erkennen, ob Arzneimittel und Dosierung passen.

📍 Meine Apotheke in Nordrhein-Westfalen.

www.einfach-unverzichtbar.de



Liebe Leserinnen und Leser,

in wenigen Wochen sind die Menschen in Europa aufgerufen, ein neues Europäisches Parlament zu wählen. Diese Europawahl wird eine Schicksalswahl für die Europäische Union sein. Es geht nicht mehr allein um die Frage, welche Fraktion am stärksten wird, sondern es geht auch um die Frage, ob die Geschicke des Europäischen Parlaments weiterhin von proeuropäischen Kräften gelenkt werden. Angesichts des Erstarkens antieuropäischer Gruppierungen, von links- und rechtsextremen Parteien in vielen Ländern Europas gibt es Grund zur Sorge.

Wir in Nordrhein-Westfalen kennen unsere Stärke. Seit der Regierungsübernahme vor knapp zwei Jahren hat die schwarz-gelbe Landesregierung engagiert daran gearbeitet, unser Land voran zu bringen, unsere Potenziale besser zu nutzen und Chancen zu ergreifen. Die positive wirtschaftliche Entwicklung, der Rückgang der Kriminalität sowie die Investitionen in Bildung und Infrastruktur machen deutlich: Wir sind auf dem richtigen Weg. Nordrhein-Westfalen blüht wieder auf.

Wir wissen in Nordrhein-Westfalen aber auch, dass wir viele große Herausforderungen nicht alleine bewältigen können. Dazu gehören die grenzüberschreitende Kriminalität und der internationale Terrorismus ebenso wie die fortschrei-

tende Digitalisierung und Globalisierung, der Klimawandel und vieles mehr. Globale Probleme erfordern gemeinsame Antworten. Und deshalb brauchen wir ein starkes Europa. Nur so können wir die großen Herausforderungen bewältigen und unseren Werten und Interessen in der Welt Geltung verschaffen.

Die CDU Nordrhein-Westfalen hat sich immer als die Europapartei in unserem Land verstanden. Die Europäische Integration – das größte Friedens- und Wohlstandsprojekt der Menschheitsgeschichte – gehört zu unserer politischen DNA. Deshalb werden wir das gemeinsame Europa verteidigen und für eine gute Zukunft unseres Landes im Herzen einer starken Europäischen Union kämpfen. Deshalb schon jetzt vormerken: 26. Mai 2019! Unser Referendum für Europa! Und nun wünsche ich Ihnen viel Freude mit der vorliegenden Sonder- und Doppelausgabe unseres Mitgliederzeitschrifts „Bei uns in NRW und Europa“.

Herzliche Grüße

Wolfgang Kerber

Inhalt



6



8



18



14

Es geht um Europa!

2019 ist ein historisches Jahr mit wichtigen Weichenstellungen in Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen.

Von Dr. Stephan Terhorst

Die Europäische Union sichert uns Wohlstand und Frieden. Über 500 Millionen Bürgerinnen und Bürger teilen nicht nur eine gemeinsame Geschichte, sondern auch eine gemeinsame Werteordnung, gemeinsame Traditionen und eine gemeinsame kulturelle Identität. Diese Fundamente verbinden die Völker Europas über alle nationalen, sprachlichen, politischen und kulturellen Unterschiede hinweg.

Adenauer war einer der Gründerväter der Europäischen Gemeinschaft. Helmut Kohl hat mit der Währungsunion und der deutschen Wiedervereinigung den europäischen Kontinent noch enger zusammengeführt. Angela Merkel ist in diesen unruhigen Zeiten aufgrund ihres besonnenen Führungsstils der Stabilitätsanker für Deutschland und Europa. Der Einsatz für die europäische Einigung gehört unbestreitbar zum Markenkern der CDU. Christlich-demokratische Politik bleibt dabei vor allem Politik auf dem klaren Fundament des christlichen Menschenbildes.

Christdemokraten waren von Beginn an die treibende Kraft der Europäischen Integration und sind es noch immer. Konrad

Topthema

- 3 Es geht um Europa! 2019 ist ein historisches Jahr mit wichtigen Weichenstellungen

Laschet trifft

- 6 Dr. Julia Dinn

Europawahlkampf

- 10 Darum engagiere ich mich für Europa! Unsere NRW-Kandidaten stellen sich vor

Im Visier

- 18 Rechte und linke Zerstörungspläne

Gastbeitrag

- 22 „Europa muss sich behaupten“ Ein Gastbeitrag von Manfred Weber

Rubriken

- 1 Vorwort
- 2 Impressum
- 15 Meldungen
- 20 15 Fragen an Serap Güler
- 21 15 Fragen an Paul Ziemiak
- 24 Schlussgedanken: Hovenjürgens Ansage!

Zwischen den Seiten 14 und 15 finden Sie eine neue Ausgabe „Landtag aktuell“.

Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.

Auf zwölf Seiten finden Sie Informationen über aktuelle Vorhaben, Initiativen und Anträge der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag.

Impressum

Herausgeber:
CDU Nordrhein-Westfalen
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
www.cdu.nrw

V.i.S.d.P.:
Generalsekretär Josef Hovenjürgen

Bild- und Textredaktion:
Katja Heins

Autoren:
Lukas Miebach, Frank Rauer, Günther Schuhmacher, Dr. Stephan Terhorst, Katja Heins, Elke Tonscheidt

Redaktionsanschrift:
CDU Nordrhein-Westfalen
Redaktion „Bei uns in NRW“
Wasserstr. 6, 40213 Düsseldorf
Tel.: 0211 13600-0
Fax: 0211 13600-15
E-Mail: bei-uns-in-nrw@cdu.nrw

Layout:
Designbüdchen
Inh. Patrick Schneider
Nelkenweg 12, 42489 Wülfrath
Tel.: 0160 94741537
info@designbuedchen.de
www.designbuedchen.de

Druck und Versand:
Deutsche Post
E-POST Solutions GmbH
Hansestraße 2
37574 Einbeck

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos oder Illustrationen übernimmt der Verlag keine Haftung. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Titelbild: Christiane Lang / CDU Deutschlands

2019 ist ein historisches Jahr mit wichtigen Weichenstellungen in Europa, Deutschland und Nordrhein-Westfalen. Was in Brüssel entschieden wird, hat unmittelbare Auswirkungen auf unsere Wirtschaft, Gesellschaft und auf unser Leben. Deshalb wird sich die CDU Nordrhein-Westfalen und die NRW-Koalition noch stärker in Brüssel einbringen. Mit Blick auf die am 26. Mai 2019 stattfindende Europawahl muss noch deutlicher gemacht werden, in welchem Europa wir zukünftig leben wollen und wo wir ein starkes Europa benötigen, damit Nordrhein-Westfalen den Weg zu einem modernen Aufsteigerland fortsetzen kann.

Europa bedeutet für uns heute in erster Linie Wohlstand, Sicherheit, Chancengerechtigkeit, Heimat, vor allem aber Frieden und Freiheit. Europa bietet zudem Raum für grenzenlose Ideen, bei dem die Europäische Union den Rahmen bildet, in dem die Bürgerinnen und Bürger weltweit wirken können. Die Europäische Union ist in Zeiten, in denen die Welt immer



mehr aus den Fugen gerät, der Garant für Stabilität.

Wir können in Europa frei reisen, ohne Schlagbäume, haben eine gemeinsame Währung und damit keine Umtauschverluste. Wir können arbeiten, lernen und leben, wo wir es möchten.

Gerade in unseren Grenzregionen ist das gelebter Alltag. Als Vorreiter in grenzüberschreitender Zusammenarbeit ist kein Bundesland europäischer als Nordrhein-Westfalen.

Aus diesem Grund werden Christdemokraten mithelfen, die Europäische Union stark und sicher zu machen, für unsere Bürgerinnen und Bürger und für unsere Zukunft. Die CDU ist für ein Europa, das schützt. Und ein starkes Europa nutzt gerade uns in Nordrhein-Westfalen bei Themen wie Äußere und Innere Sicherheit, Migration und Vermeidung illegaler Zuwanderung, Welthandel, Währungsstabilität, Klimawandel, Energie, Bildung und Forschung.

Europa bedeutet Sicherheit und Frieden

Die Innere Sicherheit Europas ist ein Kernanliegen christdemokratischer Politik. Durch die gemeinsamen Grenzen mit den Niederlanden und Belgien wissen wir in Nordrhein-Westfalen vor allem um die Bedeutung grenzüberschreitender Sicherheit und Zusammenarbeit. Die CDU Nordrhein-Westfalen ist daher der Überzeugung, dass die Bekämpfung von Terrorismus, Drogenkriminalität und Menschenhandel nur in europäischer Gemeinschaft mit starken europäischen Institutionen möglich ist.



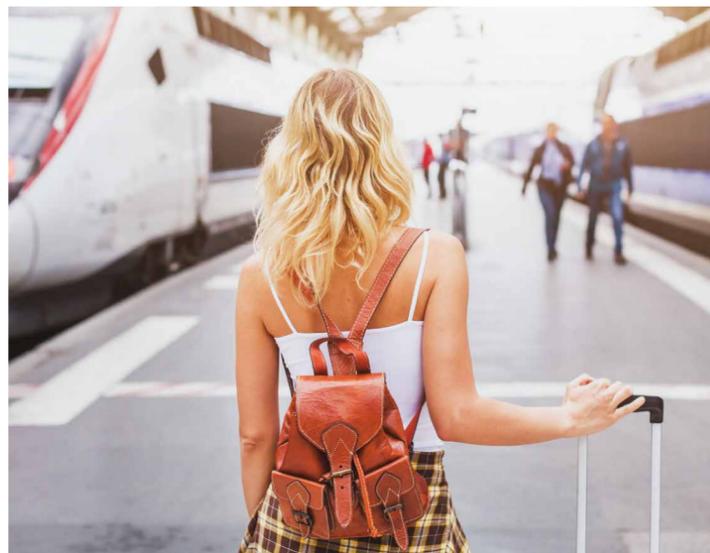
Die CDU setzt sich dafür ein, dass die grenzüberschreitende Sicherheit und polizeiliche Zusammenarbeit weiter ausgebaut und gestärkt werden. Die CDU-geführte Landesregierung setzt mit verdachtsunabhängigen Überprüfungen nahe der Grenzen ein erstes Zeichen. Gleichzeitig fordern wir auch eine weitere Verbesserung der Sicherung unserer EU-Außengrenzen durch eine bessere finanzielle Ausstattung und mehr Befugnisse für die Grenzschutzagentur Frontex.

Die CDU will eine verstärkte Europäisierung der Sicherheitsstrukturen und der einzelnen Länderpolizeien und die Verrechtlichung und Institutionalisierung auf der europäischen Ebene. Es können somit zum Beispiel grenzüberschreitende Delikte mit einem hohen Grad an internationaler Vernetzung leichter geahndet werden. Die Operationalisierung durch Schaffung geeigneter Kommunikations- und Kooperationswege auf der zwischenstaatlichen Ebene muss weiter vorangebracht werden.

Die CDU Nordrhein-Westfalen ist davon überzeugt, dass eine gemeinsame europäische Armee der endgültige Beweis wäre, dass es zwischen den europäischen Ländern nie wieder Krieg geben wird.

Europa bedeutet Mobilität

Nordrhein-Westfalen ist der Schnittpunkt europäischer Verkehrsachsen. Dabei profitieren wir wie kein zweites Land von den herausragenden Verkehrsverbindungen und der guten



Lage und Erreichbarkeit, vor allem zu den Benelux-Staaten. Das ist wirtschaftlich ein großer Standortvorteil im weltweiten Wettbewerb und auch für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen von großem Nutzen.

Damit dieser nordrhein-westfälische Vorteil auch zukünftig Bestandteil der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes ist, will die CDU nicht nur die nationale, sondern auch die internationale Erreichbarkeit verbessern. Autobahnausbau und Sanierungen müssen noch stärker mit Blick auf internationale und grenzüberschreitende Vernetzung erfolgen. Für den Schienenverkehr setzt man sich für schnelle internationale Verbindungen ein. Die Wasserstraßen müssen nach und nach für internationale und kombinierte Verkehre gestärkt werden. Im Flugverkehr will die CDU die Vorteile der europäischen Zusammenarbeit stärker für stabilere, schnellere und sicherere Flugverbindungen nutzen.

Die CDU fordert, das EU-Programm zur Verbesserung internationaler Verkehrskorridore („Connecting Europe Facility CEF“, Europäischer Fond für strategische Investitionen EFSI) weiter zu stärken. Der Ausbau der nordrhein-westfälischen Infrastruktur muss bei der Aufwertung von Brücken, Wasserwegen, Schleusen und Häfen weiter an Fahrt aufnehmen. Die Schieneninfrastruktur soll für Güter Richtung Antwerpen/Rotterdam und Südeuropa verbessert werden. Im Schienenfernverkehr für Personen sind EU-Projekte insbesondere für schnellere Zugverbindungen auf Nord-Südachsen chancenreich.

Europa bedeutet Heimat

Europa ist unsere Heimat und liegt uns am Herzen. Den europäischen Gedanken spürt man vor allem in den Grenzregionen. In der Euregio und in der Euregio Maas-Rhein kommt die europäische Integration in besonderer Weise zum Ausdruck. In ihnen ist der Austausch und die Kooperation in Europa erlebbar.

Die CDU Nordrhein-Westfalen setzt sich sowohl für die Stärkung der Euregios als auch anderer Regionen Nordrhein-Westfalens ein. Ob für die Landwirtschaft, kleine oder mittelständische Unternehmen, für Forschung und Innovation, die digitale Agenda oder die Verbesserung der Beschäftigungs- und Bildungschancen: Finanzmittel aus europäischen Fonds sind ein wichtiger Bestandteil bei der Umsetzung von regionalen Projekten und damit auch ein zentraler Pfeiler der Heimatpolitik der CDU Nordrhein-Westfalen. Daher setzt sich die CDU dafür ein, dass der europäische Haushalt auch



weiterhin Gelder für regionale Projekte in Nordrhein-Westfalen vorsieht.

Um den Austausch zwischen den Ländern und Städten weiter auszubauen, können über entsprechende Institutionen vermehrt Projekte ins Leben gerufen werden. So entstehen Partnerschaften beispielsweise zwischen Ländern und Schulen, Theatern oder Orchestern, die treibende Kräfte für die Entwicklung der kulturellen Identität darstellen.

Europawahl zum Referendum für Europa machen

Am 26. Mai 2019 geht es um unser Europa und darum, in welchem Europa wir künftig leben wollen. Wenn den Populisten nicht das Feld überlassen, sondern ein starkes Zeichen für Europa und internationale Kooperation gesetzt werden soll, muss die Europawahl zum Referendum für Europa werden. Europa muss zusammenwachsen, weil es zusammen gehört. Nur gemeinsam können wir unsere Stärken nutzen, Lösungen auf Herausforderungen finden und sie bewältigen. Denn ein geeintes Europa ist der beste Garant für Frieden und Wohlstand und eine gute Zukunft Deutschlands und Nordrhein-Westfalens.





Laschet trifft...

...Dr. Julia Dinn

Für jede Ausgabe trifft unser Landesvorsitzender Armin Laschet seit 2012 immer ein besonders engagiertes Mitglied. Diesmal trifft er Julia Dinn. Sie ist trotz ihres jungen Alters bereits seit vielen Jahren leidenschaftliche Kämpferin für die europäische Zusammenarbeit. Sie engagiert sich unter anderem als europapolitische Sprecherin der Jungen Union Nordrhein-Westfalen, deren stellvertretende Landesvorsitzende sie ist. Auch im Landesfachausschuss Europa der CDU Nordrhein-Westfalen, der sogenannten Europakonferenz, ist sie die Stellvertreterin des Vorsitzenden und Spitzenkandidaten der CDU Nordrhein-Westfalen zur Europawahl, Dr.

Peter Liese MdEP. Zuletzt wurde sie im Dezember vom Bundesparteitag zur Delegierten der CDU für den Kongress der Europäischen Volkspartei gewählt.

Hauptberuflich konzentrierte sich Julia Dinn nach dem Studium mit den Schwerpunkten Französisch und Englisch in Aachen und Lüttich auch als Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Dozentin auf europäische Fragestellungen. Inzwischen arbeitet die Sprachwissenschaftlerin, die zur europäischen Sprachen- und Bildungspolitik promoviert hat, außerdem in der Europaabteilung der Staatskanzlei.



Liebe Frau Dr. Dinn, an welchem Punkt in Ihrem Leben wurde Ihre Begeisterung für Europa geweckt?

Den einen konkreten Moment hat es da nicht gegeben. Wer in der Euregio Rhein-Maas lebt, kommt automatisch in Kontakt mit internationalen Themen. Ich finde, die Region ist wie Europa im Kleinen. Man stellt Europa gar nicht in Frage. Zusätzlich ist meine Einstellung sicher auch durch meinen Vater geprägt worden. Er hat mir früh klar gemacht, dass eine funktionierende internationale Zusammenarbeit und der Frieden in Europa keine Selbstverständlichkeit sind. Sein Elternhaus in Duisburg ist im Zweiten Weltkrieg zwei Mal ausgebombt worden. Als Kind wurde er dabei verschüttet. Das macht demütig. Gespräche mit Eltern und Großeltern waren also auf jeden Fall richtungsweisend für mich und haben mich letztlich auch dazu gebracht, Sprachen zu studieren und Teile meiner Ausbildung im Ausland zu verbringen.

Wenn Sie an die Europäische Einigung denken, gibt es da Vorbilder für Sie?

Oh ja, sehr viele! Spontan fallen mir da beispielsweise Victor Hugo, Robert Schuman, Konrad Adenauer, Helmut Kohl, Angela Merkel und Simone Veil ein. Sicher kann man das nicht an einem Namen fest machen, aber Simone Veil hat mich doch sehr beeindruckt. Sie war nicht nur die erste Präsidentin des Europäischen Parlaments, sondern steht als engagierte Europäerin, die die Konzentrationslager des NS-Regimes überlebt hat, beispielhaft für die schwierige, aber erfolgreiche Aussöhnung zwischen Deutschen und Franzosen, die so wichtig für die Befriedung Europas war.

Bei uns in NRW und EUROPA 01/19

Wie sieht Ihr eigenes Engagement für Europa aus?

Das ist derzeit vor allem auf die Europawahl ausgerichtet. Beispielsweise wird die Junge Union Nordrhein-Westfalen eine Europa-Tour quer durch das gesamte Bundesland veranstalten. Wir werden alle acht Bezirksverbände und die jeweiligen Kandidaten besuchen – natürlich im Rahmen unterhaltsamer Veranstaltungen, Betriebsbesichtigungen oder Canvassings. Der Brexit hat gezeigt, dass gerade auch junge Leute aktiv werden müssen, um nicht ihre Chance zur Mitbestimmung zu verpassen. Dort haben viele zu spät erkannt, dass sie ihre Stimme hätten abgeben müssen. Ich habe aber auch vor einigen Jahren die Junge EVP Euregio Rhein-Maas wieder neu mitbegründet, um zusammen mit unseren politischen Partnerorganisationen in den Niederlanden und Belgien etwas bewegen zu können. Wir setzen uns beispielsweise für mehr Europaschulen, die Förderung der jeweiligen Fremdsprachen und mehr Studentenaustausch ein. In der Vergangenheit haben wir aber auch schon gemeinsam an Grenzübergängen gegen die Einführung der PKW-Maut demonstriert.

Gerade an der Universität – als Studentin, aber auch als Mitarbeiterin und Dozentin – haben Sie sich in den vergangenen Jahren mit vielen jungen Frauen und Männern über Europa austauschen können. Ist die Sichtweise auf Europa da eher positiv oder negativ?

Da hat sich in den letzten Jahren vieles verändert. Früher wurde vor allem – zum Teil ja durchaus auch zurecht – über die Baustellen der Europäischen Union diskutiert. So zum Beispiel über Griechenland und die Stabilität des Euros. Heute liegt der Fokus vieler junger Leute in Anbetracht der aktuellen Herausforderungen und Gefahren für die EU eher auf



der grundsätzlichen Bedeutung des Zusammenhalts in Europa und der gemeinsamen gelebten Werte. Viele erkennen, dass die Zusammenarbeit der europäischen Staaten in der EU keine Selbstverständlichkeit und eine Rückentwicklung in dunkle Zeiten durchaus noch möglich ist. Der Brexit ist da sicher ein lehrreicher Wachrüttler.

Was sind denn in Ihren Augen Themen, die man angehen müsste, um die Europäische Union wieder auf den richtigen Weg zurück zu führen?

Man müsste die teils berechtigte Kritik aufgreifen und strukturelle Hemmnisse abbauen. Ein Initiativrecht für das Parlament könnte ein Schritt sein. Auch die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips könnte Vorgänge beschleunigen und transparenter machen. Mit mehr Effizienz würde man dann sicherlich auch bei drängenden Themen in der Sicherheits- und Umweltpolitik besser vorankommen. Dafür brauchen wir Mut. Auf der anderen Seite muss man auch die omnipräsenten Erfolge betonen, wie etwa das gemeinsame Wertefundament, das uns von einfachen politischen oder wirtschaftlichen Bündnissen unterscheidet.

“ **Die CDU – und das ist ein Grund für mein Engagement in der Partei – ist der europapolitische Stabilitätsanker in unserem Land.** ”



Was könnten wir hier bei uns tun, um die Europäische Zusammenarbeit zu stärken?

Als Sprachwissenschaftlerin plädiere ich da beispielsweise energisch für die Schwerpunktsetzung beim Lernen von Fremdsprachen in der Schule. Englisch würde natürlich auch nach einem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU weiterhin eine große Rolle spielen. Leider lernen immer weniger Schülerinnen und Schüler Französisch. Mittlerweile ist Spanisch beliebter. Das ist natürlich auch gut und wichtig, aber man sollte schon bei den Eltern dafür werben, dass sie ihre Kinder für Fremdsprachen begeistern. Das erfolgreiche Auseinandersetzen mit anderen Sprachen und Kulturen führt unweigerlich zu einer Annäherung. Das ist in Zukunft noch wichtiger als heute, weil kommende Generationen zeitlich immer weiter von dem Schrecken entfernt sind, den Fremdenhass und Intoleranz in Europa im letzten Jahrhundert verursacht haben.

Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach die CDU beim Thema Europa?

Die CDU – und das ist ein Grund für mein Engagement in der Partei – ist der europapolitische Stabilitätsanker in unserem Land. Seit vielen Jahrzehnten setzen sich Frauen und Männer in unserer Partei für mehr Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn und ein starkes Europäisches Parlament ein. Umso mehr freue ich mich darüber, dass sich mit Manfred Weber ein Unionsvertreter und erfahrener Parlamentarier für das Amt des Kommissionspräsidenten bewirbt. Wir müssen die Demagogen auf unserem Kontinent entzaubern und wieder gemeinsam für Zusammenhalt, Frieden und Wohlstand einstehen.

Vielen Dank für das Gespräch. Ich hoffe, dass sich andere, Jung und Alt, Ihren Einsatz zum Vorbild nehmen, damit nicht nur Nordrhein-Westfalen, sondern auch Europa wieder vorankommt! ■

Bei uns in NRW und EUROPA 01/19

Darum engagiere ich mich für Europa!

Die CDU Nordrhein-Westfalen hat im Januar die Landesliste zur Wahl des 9. Europäischen Parlaments beschlossen. Hier stellen sich unsere 17 Kandidatinnen und Kandidaten vor. Was ist Ihre Motivation?



Platz 1:
Dr. Peter Liese
Bezirksverband Südwestfalen; seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments

„Bei dieser Europawahl geht es um alles. Wir müssen unbedingt verhindern, dass Anti-Europäer von links und rechts das Parlament lahmlegen. Gerade wir als starke Wirtschaftsregion brauchen offene Grenzen und Zusammenarbeit in der Europäischen Union.“



Platz 3:
Sabine Verheyen
Bezirksverband Aachen; seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments

„Weil ich an die europäische Idee glaube. Ich glaube an die Menschen in Europa. Und für diese Idee, für ein starkes, friedliches und geeintes Europa auf der Basis unserer gemeinsamen Werte kämpfe ich. Wir brauchen Lösungen mit europäischem Mehrwert, keine Klein-Klein-Regulierung und genügend Handlungsspielräume vor Ort, in unseren Kommunen.“



Platz 5:
Dennis Radtke
Bezirksverband Ruhrgebiet; seit 2017 Mitglied des Europäischen Parlaments

„Nordrhein-Westfalen ist ein Industrieland mitten in Europa. Ich stehe für eine Energiepolitik mit Augenmaß. In Brüssel und Straßburg werde ich mich weiterhin für den Erhalt gut bezahlter Industriearbeitsplätze in unserer Region und für ein soziales Europa einsetzen.“



Platz 7:
Birgit Ernst
Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe

„Deutschland ist nur gemeinsam mit Europa stark und gut für die Zukunft gerüstet. Die globalen Herausforderungen in Wirtschaft, Klimaschutz und Migration können wir nur zusammen mit unseren europäischen Partnern angehen. Setzen wir ein deutliches Zeichen gegen Nationalismus und für ein demokratisches und freiheitliches Europa!“



Platz 2:
Dr. Markus Pieper
Bezirksverband Münsterland; seit 2004 Mitglied des Europäischen Parlaments

„Für ein Europa, das sicherheits-, handels- und währungspolitisch sein Schicksal offensiver in die eigenen Hände nimmt und seine Nationalstaaten so sicherer und wettbewerbsfähiger macht. Für ein Europa, das seine Außengrenzen schützt und illegale Migration verhindert. Für ein Europa, das mit Digitalisierung, Forschung und Umweltprogrammen konsequent in einen bürokratiearmen Binnenmarkt für Mittelstand, Landwirtschaft und Arbeitnehmer investiert.“



Platz 4:
Axel Voss
Bezirksverband Mittelrhein; seit 2009 Mitglied des Europäischen Parlaments

„Europa schafft seit über 70 Jahren Frieden, Freiheit und Wohlstand und ist ein einmaliges Projekt der gemeinsamen Werte. Die Europawahl ist eine Richtungswahl, weil wir die Innere und Äußere Sicherheit verbessern müssen. Daran will ich in christlicher Verantwortung weiter mitarbeiten.“



Platz 6:
Dr. Stefan Berger
Bezirksverband Niederrhein

„Keine europäische Nation wird alleine bestehen können – sei es im globalen Wettstreit, bei der Gewährleistung der Sicherheit, in Fragen der künstlichen Intelligenz oder als Garant für persönliche Entfaltung in Freiheit. Nur gemeinsam können wir Europäer den Anschluss an die USA und China halten. Die CDU ist die letzte starke Christdemokratie in Europa – auf uns kommt es an.“



Platz 8:
Uwe Pakendorf
Bezirksverband Bergisches Land

„Weil ich auch im Jahr 2040 noch in einem Europa leben will, das den Menschen freien Handel, offene Grenzen und Sicherheit bietet und mit China und den USA im Wettbewerb um Technologie, Handel und außenpolitischen Einfluss auf Augenhöhe mithalten kann.“



Platz 9:
Elke Duhme
Bezirksverband Münsterland

„Die Welt hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Terrorismus, kriegerische Auseinandersetzungen, Migrationsbewegungen und grenzüberschreitende organisierte Kriminalität verlangen nach europäischen Lösungen. Eine starke EU, ein starker gemeinsamer Auftritt der Mitgliedstaaten ist außen- und wirtschaftspolitisch wichtiger denn je. Dafür möchte ich mich einsetzen.“



Platz 11:
Bernd Schulze-Waltrup
Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe

„Europa ohne Grenzen bietet den Menschen viele Möglichkeiten. Ob im Job, im Urlaub oder zum Studium – Mobilität zukunftsfähig zu gestalten, ist ein Schlüssel für den Erfolg Europas. Daran möchte ich mitarbeiten.“



Platz 13:
Sabrina Mokulys
Bezirksverband Ostwestfalen-Lippe

„Ein starkes und vereintes Europa ist unsere Zukunft. Dank der europäischen Idee durfte meine Generation in Frieden, Freiheit und Wohlstand aufwachsen. Gerade wir jungen Europäer sollten nun dankbar dafür eintreten, Europa zukunftsfähig zu machen, um gemeinsam die großen Herausforderungen unserer Zeit zu meistern.“



Platz 15:
Hans Schnäpp
Bezirksverband Mittelrhein

„Auch nach 70 Jahren Frieden in Europa gilt es weiter für Frieden und Freiheit zu kämpfen. Ich stehe ein für ein soziales und demokratisches Europa und engagiere mich gegen europafeindliche Politik.“



Platz 17:
Johannes Ferstl
Bezirksverband Ruhrgebiet

„Europa ist mehr als eine Wirtschaftsgemeinschaft, wir sind eine Wertegemeinschaft. Seien Sie wie ich ein Multiplikator dafür und erzählen Sie, warum es sich lohnt, für ein geeintes Europa zu kämpfen.“



Platz 10:
Dr. Mathias Höschel
Bezirksverband Niederrhein

„Wir machen Europa stark, indem wir uns auf die großen Zukunftsaufgaben konzentrieren. Wir machen Europa stark, indem wir es verschlanken. Mehr Europa dort, wo nötig und weniger Europa dort, wo es die Einzelstaaten machen können.“



Platz 12:
Dr. Annette Littmann
Bezirksverband Ruhrgebiet

„Als gebürtige West-Berlinerin habe ich den Kalten Krieg und die Teilung Deutschland mit der Muttermilch aufgesogen. Es war der größte Vorzug der EU, dass wir Einheit, Freiheit und Sicherheit in Deutschland genießen – und dabei soll es auch bleiben!“



Platz 14:
Stephan Stickeler
Bezirksverband Südwestfalen

„Für Frieden und Freiheit – auch für die kommenden Generationen; für Sicherheit, aber auch für Reisefreiheit, für soziale Gerechtigkeit, Bildung und Lebensbedingungen, die ein Überleben garantieren. Für ein Europa der Regionen. Für ein Europa der Vielfalt.“



Platz 16:
Ulrich Beul
Bezirksverband Ruhrgebiet

„Selten war unser Engagement für ein einiges Europa nötiger als jetzt. Der europafeindlichen Propaganda von Rechts- und Linksaußen muss das klare Ziel einer starken, einigen EU entgegengesetzt werden. Aber von wem, wenn nicht von uns? Wir sind die konstruktive Kraft für Europa. Also: Überzeugen wir die Menschen von unserer Politik – und von der Europapartei CDU!“

Foto: ©EPPGroup-photo: M. Lathousse

Foto: Thorsten Schneider

Foto: Laurence Chaperon

Foto: Dieter Wenne

Soweit kein anderer Bildhinweis vorhanden: Fotos Ralph Sondermann

Interview

Die Vision von Europa mehr wertschätzen

Dr. Peter Liese (53) und Dr. Markus Pieper (55) führen die Landesliste der CDU Nordrhein-Westfalen für die Europawahl 2019 an. Elke Tonscheidt hat mit den beiden im Doppel-Interview über Positionen und Persönliches gesprochen, aber auch die Fridays For Future-Demos sind Thema.

Was war für Sie der „Treiber“, nach Brüssel zu gehen?

Liese: Ich habe mich immer schon für Themen interessiert, die nicht rein rational gelöst werden können. Zum Beispiel Biotechnologie, ethische Grenzen in der Gentechnik oder die Frage Entwicklungshilfe. Mir war klar: Lösungen kann man da am besten in Europa erreichen.

Pieper: Ich hatte in meiner Tätigkeit in der Industrie- und Handelskammer sehr viel mit internationalem Umweltrecht zu tun und mich diesbezüglich schon häufig über Europa aufgeregt. Über Karl-Josef Laumann habe ich dann den politischen Bezug zu Europa bekommen.

Herr Pieper, war Ihr Job als IHK-Geschäftsführer reibungsloser?

Pieper: Mein Einstieg in die Politik war schon etwas Besonderes. Denn ich habe angefangen Politik zu machen, weil im Kindergarten meiner ältesten Tochter kein christliches Weihnachten gefeiert wurde.

Und das hat den Münsterländer aufgebracht?

Pieper: Richtig. Ich habe eine Elterninitiative pro Weihnachten gegründet – der Einstieg in die Dorfpolitik in Lotte. Die Kindergartenleiterin war Grünen-Kreistagsabgeordnete, also macht man aus grünen Verboten schwarze Politiker...

Herr Liese, was ist anstrengender: Als Stationsarzt einer Kinderklinik zu arbeiten oder als Politiker im EP?

Liese: Das tut sich nicht viel. Damals, als ich als Stationsarzt tätig war, gab es noch nicht die Europäische Arbeitszeitrichtlinie, das heißt, wir mussten nach Nachtdiensten und wenn viel los war am nächsten Tag weiter arbeiten. Das war sehr anstrengend. Und solche Situationen gibt es in Brüssel auch: nachts durchverhandeln und am nächsten Tag weiter machen.

Welche Stadt ist Ihre Lieblingshauptstadt und warum?

Pieper: Prag. Weil in dieser Stadt die Aufwertung von Regionen, die EU-Osterweiterung so bildhaft schön gelungen ist.

Liese (lacht): Wenn das gilt, die Hauptstadt des Karnevals: Köln.

Wirklich?

Liese: Ja! Mir gefällt die Lebensart. Wenn ich nicht in Südwestfalen gut leben würde, dann würde ich gern in Köln leben.

Welcher Europäer hat Sie am nachhaltigsten beeindruckt?

Pieper (überlegt): Das sind jetzt aber Fragen... Vor dem Hintergrund, politische Strategie und Pragmatismus zusammenzubringen, hat mich Helmut Kohl am meisten beeindruckt.

Liese (ohne Zögern): Schon Angela Merkel. Sie habe ich von den großen Figuren am nächsten erlebt. Helmut Kohl zwar auch noch, aber da war ich nicht so nah dran.

Und wer hat sie am meisten positiv beeinflusst?

Liese: Friedrich Merz. Er war sozusagen mein Lehrer, bei ihm habe ich Europapolitik hautnah erlebt, weil er mein Vorgänger war, anschließend war er mein Bundestagsabgeordneter. Ich kann lange nicht so gut reden wie er, aber ein bisschen abgucken habe ich mir schon...

Pieper: Als Quereinsteiger habe ich mich sehr über Herbert Reul und seine strategischen Tipps und Ratschläge gefreut. Auch Manfred Weber war und ist klasse: Wie er so mit seiner Bodenständigkeit zu einer europäischen Größe geworden ist! Dass CSU und liberal zusammengeht, glaubt man ja kaum... Wie er jetzt Brücken zwischen Ost, West und Süd – und wir mit Frankreich in der Mitte – baut: Das ist wirklich große Politik.

Welches Thema ist für Sie DAS Thema, das Europa dringend lösen muss?

Liese: Für mich geht es entscheidend darum, die Populisten zurückzudrängen. Damit Europa insgesamt da handlungsfähig bleibt, wo es das schon ist – und wird, wo es das noch nicht ist.

Pieper: Ich sehe die Verteidigungsunion als wichtiges Politikfeld mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, wo wir endlich zu Mehrheitsbeschlüssen kommen müssen. Aber genauso wichtig ist, dass wir uns in der Handelspolitik gemeinsam aufstellen, dass Europa da zusammen bleibt und gegenüber Trump und China die richtigen Antworten hat – und das geht nur zusammen! Denn die SPD-Politik zielt ja eigentlich auf eine Verzweigung ab; die wollen die Osteuropäer im Grunde doch gar nicht mehr. Wir sollten aber keinesfalls ausgrenzen, sondern immer den kleinsten gemeinsamen Nenner finden.



Sie haben beide Kinder – was würden Sie tun, würden diese als Schüler an den Fridays-Demos teilnehmen?

Liese: Ich würde ihnen sagen: Ihr engagiert Euch für ein extrem wichtiges Thema. Aber noch besser wäre es, ihr macht das außerhalb der Unterrichtszeit. Und: 3x Schule schwänzen reicht nicht aus, um ein solches Thema voranzubringen. Ich treffe immer wieder Schülergruppen, da ist meine Botschaft stets: Ihr müsst euch dauerhaft engagieren, in Parteien, in Verbänden – und das geht eben nur in der Freizeit.

Pieper: Genau, ich würde mich ebenfalls freuen, wenn sie samstags zu diesen Demos gingen. Also in ihrer Freizeit. Und vielleicht sollte sich das Team des schwedischen Mädchens auch mal Gedanken über ihre vielen Flugreisen und den eigenen Carbon Footprint machen. Da ist auch viel Show dahinter... Zumal die europäische CO₂ Bilanz nun wirklich einzigartig auf der Welt ist.

Liese: Ich finde es etwas schwierig zu sagen, wer fliegen darf und wer nicht. Ich frage mich das übrigens tatsächlich, wenn ich irgendwo hin muss: Brauche ich wirklich das Auto, kann ich den Zug nehmen und muss ich wirklich fliegen? Aber nutzt ja nichts, manchmal muss man eben fliegen.

Glauben Sie, dass Ihre Kinder in einer sicheren Zukunft leben werden?

Pieper: Wir sind in der einmaligen Situation, unser Friedensversprechen auch an die nächste Generation weitergeben zu können. Vor diesem Hintergrund sind die kommenden europäischen Wahlen Schicksalswahlen. Es geht



um den Bestand der Europäischen Union, so wie wir ihn jetzt in den Verträgen vereinbart haben. Da steht einiges auf dem Spiel!

Liese: Ich hoffe das, aber wir müssen dafür arbeiten. Ich bin sehr froh, seit 1945 in Frieden zu leben. Aber ich habe auch erlebt, wie es zum Beispiel in Jugoslawien, wo ich als Jugendlicher öfters war, auf einmal ganz schnell ganz anders war. Ich hätte mir nie vorstellen können, dass dort auf einmal Krieg herrscht! Deshalb: Wenn die Nationalisten das Kommando übernehmen, dann werden wir keinen sicheren Frieden mehr haben.

Ich habe auf Facebook meine Follower gefragt, welche Fragen sie Ihnen stellen würden. Die erste: Warum lohnt es sich persönlich, für Europa zu kämpfen?

Pieper: Damit wir alle gemeinsam aus dieser Selbstverständlichkeitsfalle raus kommen. Es wird von uns Politikern immer die große Vision von Europa erwartet. Aber wir wertschätzen viel zu wenig, dass wir längst in einer Vision leben: Wir haben mehr als 70 Jahre Frieden und Freiheit auf diesem Kontinent.

Die zweite Frage an Sie, Herr Liese: Warum wird Europa jenseits des unheilvollen Neo-Nationalismus von so vielen Menschen kritisch gesehen?

Liese: Mit Abstand der wichtigste Grund dafür ist, glaube ich, die Flüchtlingskrise. Im Frühsommer 2015 hatte die AfD drei Prozent. Danach ging es leider immer weiter nach oben. Motive wie Fremdenhass dürfen wir uns natürlich keinesfalls zu Eigen machen; aber dass die Flüchtlingsfrage nicht optimal gemanagt wurde und die Sorgen vieler Kommunalpolitiker nicht früh genug im Kanzleramt angekommen sind, das ist ein Fehler, den wir uns als CDU hinter die Ohren schreiben müssen. Und ja auch tun.

Was war jeweils Ihr größter Erfolg in Brüssel?

Liese: Ich glaube, einen Beitrag zum Klimaschutz geleistet zu haben. Europa hat da eine Führungsrolle übernommen. Wobei mir immer wichtig war, die energieintensive Industrie nicht so zu belasten, dass sie aus Europa vertrieben wird. Man kann immer alles im Detail kritisieren. Aber von der großen Ausrichtung haben wir das gegen



viele Widerstände hingekriegt: sowohl ambitionierten Klimaschutz zu betreiben als auch die Anliegen der Industrie zu berücksichtigen.

Einmal nachgehakt, Herr Liese, welches Thema sehen Sie nach den Wahlen am 26. Mai noch bei sich?

Liese: Ein weiteres Herzensanliegen von mir ist die Krebsbekämpfung. Da sagen uns die Wissenschaftler: Wenn Europa da besser zusammenarbeiten würde, würden wir schneller zum Ziel kommen.

Und Sie, Herr Pieper?

Pieper: Ich bin in der Außenwirkung wirklich stolz auf den SME-Circle der EVP Fraktion. Ein Arbeitskreis mit 65 Europaabgeordneten aus 20 EU-Mitgliedsstaaten. Eine solche Truppe im Hintergrund zu haben, die zum Beispiel Themen wie Stärkung der dualen Berufsbildungsstrukturen befördert, das ist wichtig.

Wahlumfragen legen nahe, dass rechte Parteien kräftig Zulauf bekommen, rechnen aber nicht mit einem Erdrutsch-Sieg der Populisten...

Liese: Es ist eine Gefahr, dass die Rechten sehr stark werden, wenn wir uns im Wahlkampf nicht anstrengen. Es geht darum, das Europäische Parlament davor zu bewahren lahmgelegt zu werden. Und das ist überhaupt nicht entschieden! Unsere Aufgabe ist es zu verhindern, dass die Anti-Europäer von rechts und links stark sind.

Pieper: Wenn man die nationalen Wahlergebnisse aus diversen Ländern betrachtet, dann weiß ich nicht, ob diese Prognosen Bestand haben. Die Linken zerlegen sich mittlerweile tatsächlich ja selbst, die wissen selber nicht, mit welcher Europastrategie sie in den Wahlkampf ziehen sollen.

Das ganze Interview finden Sie unter www.cdu.nrw ■



FRAKTIONSVORSITZENDENKONFERENZ IN BRÜSSEL

Für ein starkes und vereintes Europa!

Die Wurzeln der Europäischen Union liegen tief in Nordrhein-Westfalen. Vor fast 70 Jahren wurde die Montanunion an Rhein und Ruhr geboren und gab einen wichtigen Impuls für die EU in ihrer heutigen Form. Auf der Grundlage gemeinsamer Werte und kultureller Vielfalt hat die Europäische Einigung ein friedliches und freies Zusammenleben in Europa ermöglicht. Gerade in der heutigen Zeit ist die EU für uns ein Garant für Frieden, Sicherheit, Wohlstand und Stabilität. Unser Land hat von der europäischen Integration wie kaum ein anderes profitiert: Der gemeinsame Binnenmarkt, die Freizügigkeit von Personen, Waren und Dienstleistungen und die Gemeinschaftswährung Euro sichern den Wohlstand unseres Export- und Industrielandes.

Am 26. Mai können die Bürgerinnen und Bürger ihre Stimmen bei der neunten Direktwahl zum Europäischen Parlament abgeben. Die 18 Millionen Nordrhein-Westfalen sollten die Europawahl zum Referendum für Europa ma-

chen. Die Vorteile der Europäischen Union liegen klar auf der Hand: die EU ist ein Garant für Frieden, Sicherheit, Wohlstand und Stabilität.

Nur gemeinsam kann sich die EU mit ihren derzeit noch 510 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern in der globalisierten Welt mit einer Bevölkerung von über 7,6 Milliarden Menschen behaupten.

Grund genug für die Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU/CSU sich im Januar zu einer Europakonferenz zu treffen und den Wert Europas in den Mittelpunkt zu stellen und mit dem Beschluss dreier Anträge zu untermauern:

- Europäische Aufgaben anpacken – Europa der Werte verteidigen.
- Die Union der Sicherheit - Europa in Zeiten des internationalen Terrorismus (Europa auf dem Weg zur Sicherheitsunion).
- Gesamtplan einer länderübergreifenden Cybersicherheitsstrategie.

LANDTAG aktuell:
Unter dieser Marke berichtet die CDU-Landtagsfraktion regelmäßig über ihre politischen Vorhaben und Aktivitäten.



Bianca Winkelmann,
Umweltpolitische
Sprecherin

NOVELLIERUNG VERABSCHIEDET

Landesjagdgesetz nachhaltig und modern weiterentwickelt

Nach gut vier Jahren hat Nordrhein-Westfalen endlich ein ausgewogenes Jagdgesetz, frei von Ideologie, entbürokratisiert und an die Anforderungen der Gesellschaft an Artenschutz, an Tierschutz und an Nachhaltigkeit angepasst.

Es gibt den Jägerinnen und Jägern wieder einen angemessenen Rahmen für eine nachhaltige und waidgerechte Jagd. Wir erkennen damit die vielfältigen Leistungen unserer Jäger an und geben ihnen mit dem neuen Jagdgesetz wieder mehr Eigenverantwortung.

Ziel war es eine praxismgerechte und anwendungsorientierte Regelung der Jagd zu ermöglichen, die möglichst wenig vom Bundesrecht abweicht. In einigen Bereichen, wie der Bleiminimierung und dem Schießnachweis, erwarten wir nun von Bundeseite einheitliche Regelungen für ganz Deutschland.

Die Anpassung des Artenkataloges an das Bundesrecht ist eine wichtige Neuerung im Gesetz und gleichbedeutend mit der Ausweitung der Hegepflicht für die Jägerschaft auf viele Tierarten. Die Hege ist der gesetzliche Auftrag der Jägerinnen und Jäger, sich aktiv für den Artenschutz einzusetzen. Bedrohte und geschützte

Tierarten erhalten keine Jagdzeit – das bedeutet sie dürfen nicht bejagt werden.

Darüber hinaus verbessern wir mit dem Gesetz unter anderem die Möglichkeiten der Ausbildung der Jagdhunde, die für die ordnungsgemäße Ausübung der Jagd unverzichtbar ist.



Foto: Adobe Stock

Die wichtigsten Änderungen im Überblick:

- Katalog der jagdbaren Arten wird den Bundesregelungen angepasst.
- Mindestpachtdauer für Jagdpachtverträge wird von fünf auf neun Jahre angehoben.
- Fütterungszeitraum für Schalenwild umfasst künftig die Zeit vom 15. Dezember bis zum 30. April (zuvor nur vom 01.12. bis 31.03.).
- Die Jagdabgabe wird abgeschafft.
- Das Baujagdverbot auf Füchse und Dachse wird auf ein Verbot der Dachsjagd im Naturbau reduziert.
- Jagdzeit auf die Rabenkrähe wird bis zum 10. März verlängert.
- Tauben- und Krähenkarusselle sind wieder zulässig, wenn Attrappen verwendet werden.
- Fasane und Stockenten dürfen nach vorheriger Anzeige bei der unteren Jagdbehörde ausgesetzt werden. Die Jagd auf diese Tiere ist frühestens acht Wochen nach dem Aussetzen möglich.
- Bleihaltige Munition ist für Kleinkaliber nutzbar.
- Pflichthegeschau für männliches Rot-, Dam-, Muffel- und Sikawild sowie weibliches Rotwild.

WERKSTATTGESPRÄCH

Zukunftsperspektiven für vitale Innenstädte

Geht es dem Handel schlecht, geht es auch den Innenstädten schlecht. Das ist aus den Impulsvorträgen bei unserem Werkstattgespräch klar geworden. Dafür gibt es verschiedene Ursachen: Die Umsetzung der Ladenöffnung an Sonntagen spielt eine große Rolle. Sie ruft teilweise noch Unsicherheiten bei den Einzelhändlern hervor.

Nach Impulsvorträgen von Christian Kromberg von der Stadt Essen, unserem Handelsexperten Oliver Kehrl, dem Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes NRW, Dr. Peter Achten und Mark Thelen von der REWE Group wurde konstruktiv diskutiert. Es ging den Praktikern und den Abgeordneten um die Frage, wie wir Innenstädte beleben können und den Handel in Zeiten der Digitalisierung erfolgreich aufstellen.

Das stetige Wachstum des Online-Handels ist grundsätzlich kein Problem für viele Unternehmen, die oft gleichzeitig in den Innenstädten und auch im Internet handeln. Der Effekt auf den stationären Handel ist jedoch deutlich. In vielen Innenstädten gibt es einen hohen Leerstand. Um sie wieder attraktiv zu machen, geht es also darum, leere Ladenlokale wieder sinnvoll zu nutzen. Dazu braucht es kreative Ideen, weniger Bürokratiehemmnisse und den Willen, das Problem gemeinsam anzugehen. Dazu kommt ein neuer, positiver Trend, dass der Lebensmittelhandel sich als Frequenzbringer und Innenstadtmagnet für Innenstadtlagen interessiert.

Der Einzelhandelsexperte der CDU-Fraktion, Oliver Kehrl, machte in seinem Vortrag zudem deutlich, dass die Digitalisierung als Chance für den stationären Handel zu begreifen ist. Die NRW-Koalition hat im Haushalt 2019 deshalb Geld für verschiedene Maßnahmen bereitgestellt, die Betreibern dabei helfen sollen. Digitalcoaches beispielsweise können verbindende

Elemente zwischen Online- und Offline-Handel auch für kleinere Familienbetriebe aufzeigen.

Eine weitere Erkenntnis aus den Vorträgen: Der Kunde rückt noch mehr in den Fokus – es geht für die Menschen auch darum, den Einzelhandel noch besser erreichbar zu machen, besser in das Lebensumfeld der Kunden einzubinden.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Henning Rehbaum zieht nach dem Werkstattgespräch eine erste Bilanz: „Um den stationären Handel in Nordrhein-Westfalen zu stärken und damit auch unsere Innenstädte wieder zu beleben, müssen wir auf mehreren Ebenen über Perspektiven nachdenken. Genau das werden wir jetzt in Angriff nehmen.“

Wir als CDU-Fraktion nehmen aus dem Werkstattgespräch als Auftakt für eine Politik für vitale Innenstädte viele wichtige Impulse mit. Die Herausforderungen haben wir erkannt, wir haben zugehört und wollen handeln. Zunächst werden wir nun analysieren, wie die Politik Rahmenbedingungen setzen kann, die unsere Innenstädte perspektivisch stärken und die Digitalisierung auch für den stationären Einzelhandel sinnvoll nutzbar machen.



Foto: Zierhut/CDU-Fraktion



Jens Kamieth,
Familienpoliti-
scher Sprecher

PAKT FÜR KINDER UND FAMILIEN

Ein Meilenstein für mehr Qualität in der Kindertagesbetreuung

Im Koalitionsvertrag für Nordrhein-Westfalen haben wir unsere Ziele für die frühkindliche Bildung wie folgt festgelegt:

- Einführung eines vereinfachten, dauerhaft auskömmlichen Finanzierungssystems.
- Verbesserung der Qualität in der frühkindlichen Bildung.
- Flexibilisierung der Öffnungszeiten der Kindertagesbetreuung.
- Langfristig streben wir eine allgemeine Beitragsfreiheit für alle Kita-Jahre in Nordrhein-Westfalen an. Sollte der Bund finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, die die Einführung einer Elternbeitragsfreiheit zu einem früheren Zeitpunkt ermöglichen, würden wir dies ausdrücklich begrüßen und umsetzen.

Bei den nun erzielten Vereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden geht es um Eckdaten für die dauerhaft auskömmliche Finanzierung, die Verbesserung der Qualität, die Flexibilisierung der Betreuungszeiten und eine Platzausbau-Garantie in der Kindertagesbetreuung:

- **Dauerhaft auskömmliche Finanzierung:** Ab dem Kindergartenjahr 2020/21 werden jährlich rund 750 Mio. Euro zusätzlich – aufgrund einer Dynamisierungsklausel jährlich steigend – zur Verfügung gestellt (hälftig vom Land und den kommunalen Jugendämtern getragen).
- **Verbesserung der Qualität:** Zusätzlich zu den rund 750 Mio. Euro – also über die auskömmliche Finanzierung des zweiten Personalwerts hinaus – fließen 220 Mio. Euro an Bundesmitteln aus dem Gute-Kita-Gesetz (Gesamtvolumen 430 Mio. Euro) direkt in die Qualitätsverbesserung der Kindertagesbetreuung in Nordrhein-Westfalen.

- **Flexibilisierung:** Verlängerte Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen oder Zusatzangebote in der Kindertagespflege sorgen für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insgesamt werden dafür rund 100 Mio. Euro (davon 80 Mio. Euro getragen vom Land und 20 Mio. Euro von den Kommunen) jährlich zusätzlich zur Verfügung gestellt.

- **Platzausbau-Garantie:** Es gibt eine Garantie der Landesregierung an die Kommunen, dass in dieser Legislaturperiode jeder baureife Betreuungsplatz bewilligt und investiv gefördert wird. In den nächsten Jahren werden jährlich mindestens 115 Mio. Euro in den investiven Ausbau (Ausbau, Umbau und Neubau sowie Ausstattungsverbesserungen) der Kindertagesbetreuung gegeben, um den Ausbau für U3- sowie Ü3-Betreuungsplätze erheblich zu forcieren.

Mit den genannten Punkten haben wir unsere Zusagen – Einführung eines auskömmlichen und dauerhaft tragfähigen Finanzierungssystems, Verbesserung der Qualität in der frühkindlichen Bildung, Flexibilisierung der Kindertagesbetreuung – eingehalten. Zudem stehen noch 210 Mio. Euro Bundesmittel zur Verfügung. Die Landesregierung hat daher entsprechend dem Koalitionsvertrag entschieden, neben dem jetzt schon beitragsfreien letzten Kindergartenjahr ein weiteres beitragsfrei zu stellen: Ab dem Kita-Jahr 2020/21 müssen Familien für die letzten beiden Jahre vor der Einschulung keinen Beitrag mehr aufbringen. Das entlastet die Familien in unserem Land direkt und spürbar.

Fazit: Mit dem Pakt für Kinder und Familien verbessern wir die Qualität in der Kindertagesbetreuung und entlasten die Familien in unserem Land.

NAMENSBEITRAG

Neues Azubi-Ticket geht im Sommer an den Start



Foto: CDU-Fraktion

Mit dem Start in das neue Ausbildungsjahr am 1. August 2019 führt das Land Nordrhein-Westfalen ein landesweites Azubi-Ticket ein. Damit setzt die NRW-Koalition eine weitere Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag um. Alle jungen Menschen in unserem Land, die eine Ausbildung, einen Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr absolvieren, sowie Meisterschüler und Beamtenanwärter des mittleren Dienstes, können dieses Ticket erwerben.

Im Unterschied zum Semesterticket für Studierende ist das Azubi-Ticket ein freiwilliges Angebot, das alle Azubis in Anspruch nehmen können, um für höchstens 62 Euro monatlich den Öffentlichen Personennahverkehr in ih-

rem regionalen Verbundgebiet zu nutzen. Wer über die Grenzen der einzelnen Verkehrsverbünde hinaus landesweit mit Bus und Bahn fahren möchte, zahlt einen Aufpreis von 20 Euro und erweitert damit den Geltungsbereich seines Azubi-Tickets auf ganz Nordrhein-Westfalen. In unterschiedlichen Tarifgebieten zu wohnen, lernen und arbeiten stellt dann für Azubis kein Problem mehr dar – ein entscheidendes Hemmnis zur Nutzung von Bus und Bahn fällt weg. Die unterschiedlichen Tarifstrukturen und -bestimmungen der Verkehrsverbünde spielen in diesem Fall keine Rolle.

Darüber hinaus kann das neue Azubi-Ticket auch ein wichtiger Beitrag zur Arbeitgeberattraktivität sein, denn Ausbildungsbetriebe können sich freiwillig an den Kosten für das Ticket ihrer Auszubildenden beteiligen. Aufgrund des bestehenden hohen Interesses der Unternehmen am Azubi-Ticket ist davon auszugehen, dass viele Betriebe ihren Auszubildenden künftig auch einen entsprechenden Zuschuss gewähren werden.

Mit der Einführung des neuen Azubi-Tickets für Nordrhein-Westfalen erleichtert die NRW-Koalition für tausende von Auszubildenden den Umstieg vom Auto auf Bus und Bahn. Den besonderen Mobilitätsbedürfnissen der jungen Menschen in unserem Land, die bereits seit einiger Zeit ein landesweites Azubi-Ticket fordern, wird damit Rechnung getragen.



Klaus Vossemer,
Verkehrspoliti-
scher Sprecher

INTERVIEW

Mit Sorgfalt, Gründlichkeit und Verlässlichkeit



Foto: Zierhut

Kirstin Korte ist mit Leib und Seele Schulpolitikerin. Sie ist Vorsitzende des Schulausschusses des Landtags und Beisitzerin im Vorstand der CDU-Fraktion. Im Interview erzählt die ehemalige Grundschullehrerin über ihren Traumberuf, über die Schulpolitik der NRW-Koalition sowie über die Zusammenarbeit mit vielen jüngeren Abgeordneten.

Grundschullehrerin war Ihr Traum?

Ich hatte schon immer die Vorstellung Grundschulkinder unterrichten zu wollen. Aber als ich 1975 Abitur machte, gab es eine Vielzahl von Lehrern, die auf der Straße standen. Ich begann zunächst ein Jura-Studium, um dann doch noch das zu studieren, was mir am Herzen lag: Deutsch und evangelische Religion für das Lehramt der Primarstufe.

Wie hat sich der Beruf des Lehrers über die Jahre verändert?

Er hat sich gravierend verändert. Zum einen sind die Kinder heute durchaus komplizierter als noch vor 10 oder 20 Jahren. Zum anderen sind die fachlichen Anforderungen an die Lehrer erheblich gestiegen. Lehrer vermitteln ja nicht nur Wissen. Das ist zwar immer noch die Kernaufgabe. Mehr denn je übernimmt er Teile der Erziehung der Kinder und Jugendlichen. Diese ist eigentlich die Aufgabe der Eltern, findet aber heute immer mehr in der Schule statt.

Nutzen Ihnen die Erfahrungen aus Ihrer Lehrertätigkeit im politischen Tagesgeschäft?

Ich glaube schon. Es ist die Grundlage für das nötige Verständnis des Geschehens an unseren Schulen. Ich bin mittlerweile zwar sechs Jahre heraus aus dem aktiven Lehrerberuf. Aber weiterhin besteht ein sehr enger Kontakt zu meinem ehemaligen Kollegium. Meine Tochter ist zudem Grundschullehrerin an einer Brennpunktschule in Minden. Durch viele Schulbesuche werde ich auch weiterhin ständig mit den täglichen Herausforderungen an den Schulen konfrontiert. Das sind unter anderem ganz besonders Belastungen durch fehlende Lehrerinnen und Lehrer sowie ein hoher Bürokratieaufwand. Die überstürzt umgesetzte Inklusion fordert alle Beteiligten massiv heraus.

Was kennzeichnet die Schulpolitik der NRW-Koalition am allerbesten?

Gründlichkeit und Verlässlichkeit. Wir schauen und überlegen ganz genau, was wir tun müssen. Und das unterscheidet eben die NRW-Koalition deutlich von der rot-grünen Vorgängerregierung. Mit uns gibt es keine Schnellschüsse. Wir arbeiten heute die zahlreichen Baustellen, die

uns SPD und Grüne hinterlassen haben, in kleinen Schritten ab. Wir agieren nicht spektakulär aber auf Dauer verlässlich.

Wir haben eine Lehrerbedarfsanalyse erstellt, eine Werbekampagne für Lehrkräfte auf den Weg gebracht und dafür gesorgt, dass die Anzahl der Studienplätze im Bereich der Primarstufe und der Sonderpädagogik steigt. Darüber hinaus ist der Weg zu G9 geebnet und die notwendigen rechtlichen Dinge auf den Weg gebracht.

Das alles geht eben nicht von heute auf morgen. Es ist absolut erforderlich, mit der notwendigen Sorgfalt heranzugehen. Denn wir müssen immer die Konsequenzen für Schüler und Lehrer im Blick haben.

Veränderungen in der Politik brauchen ihre Zeit. Sind Sie denn ein geduldiger Mensch?

Von Natur aus eher nicht. Ich muss mich immer zwingen geduldig zu sein. Das funktioniert nicht immer, vielleicht bedingt durch meine Leidenschaft für die Schulpolitik.

Wie kommt denn die Politik der NRW-Koalition bei den Menschen vor Ort an. Was hören Sie in Ihrem Wahlkreis?

Ich erhalte sehr positive Reaktionen. Die Menschen stellen fest, dass wir engagiert, sachlich und solide arbeiten. Ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger lernen das in unserer heutigen sehr schnelllebigen Zeit durchaus wieder zu schätzen. Natürlich kommt da auch manchmal „Ihr müsst mehr, mehr, mehr...“ Dann antworte ich: Wir arbeiten ordentlich, gründlich, Schritt für Schritt. Die meisten verstehen das.

Es ist jahrelang von Politikverdrossenheit gesprochen worden. Erleben Sie das mittlerweile anders?

Ich habe schon den Eindruck, dass es sich verändert. Alleine durch die Polarisierung bemerke ich eine größere Aktivität. Ich finde es sehr gut, dass man sich eher wieder mit Dingen auseinandersetzt. Es wird wieder mehr über Politik diskutiert als noch vor einigen Jahren. Die Welt

ist allerdings komplizierter geworden und die Sachverhalte komplexer. Es ist für uns daher schwieriger, Zusammenhänge so zu vermitteln, das sie von den Menschen verstanden und angenommen werden.

Sie gehören inzwischen zu den erfahreneren Abgeordneten. Nach der letzten Wahl sind ja viele jüngere in den Landtag eingezogen. Wie erleben Sie diese?

Die jungen Fraktionskollegen erlebe ich als hoch engagiert. Es ist gut, dass eine jugendliche Dynamik in die politischen Debatten dazugekommen ist. Eine Fraktion lebt auch von der unterschiedlichen Altersbreite, von unterschiedlichen Erfahrungen, die jeder einzelne mitbringt. Ich erlebe diese Kolleginnen und Kollegen als sehr interessiert, fleißig und begeisterungsfähig.

Sie haben wohl mit den längsten Anfahrtsweg aller CDU-Abgeordneten. Wie nutzen Sie die Zeit Ihrer Anreise nach Düsseldorf?

Ich fahre grundsätzlich mit dem Zug und arbeite dann Vieles unterwegs ab. Schwierig wird es bei Parallelterminen am selben Tag. Ausschusssitzung in Düsseldorf und der Besuch eines Ministers oder eine wichtige Veranstaltung in Minden „gehen nicht zusammen“. Da liegt die Priorität dann zwangsläufig in Düsseldorf. Das ist manchmal schon eine große Herausforderung und bewirkt gelegentlich nachvollziehbares Unverständnis vor Ort. Und die Deutsche Bahn mit ihren Sondereinlagen ist ein Fall für sich.

ZUR PERSON

Kirstin Korte ist am 2. September 1955 in Hannover geboren und Mutter einer Tochter. Von 1996 bis 2012 war sie Grundschullehrerin in Minden. Seit 2012 ist sie Landtagsabgeordnete.

Sie ist 1987 in die CDU eingetreten. Seit 2011 ist sie Kreisvorsitzende in Minden-Lübbecke, ferner seit 2016 stellvertretende Vorsitzende des CDU-Bezirksverbandes OWL und seit 1999 zudem Mitglied des Kreistages Minden-Lübbecke. Von 2004 bis 2009 war sie Mitglied der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe und dort schulpolitische Sprecherin. Seit 2009 ist Kirstin Korte erste stellvertretende Landrätin.



Henning Rehbaum,
wirtschafts-
politischer Sprecher

ENERGIEWENDE

Wir machen die Dächer zu Energieträgern

Wir wollen mehr Solarstrom auf den Dächern in Nordrhein-Westfalen nutzen. „Diese Riesenchance für die Energiewende werden wir uns nicht entgehen lassen. Es ist eine tolle Technik, die funktioniert und eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung hat“, erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Henning Rehbaum, zum Antrag der NRW-Koalition in Sachen Photovoltaik.

Bei Photovoltaik, also Solarstrom, gibt es keine Emissionen, keine Störung des Landschaftsbildes und keinen Flächenverbrauch. Das ist ein großer Vorteil im bevölkerungsreichsten Bundesland.

Außerdem stehen für Solarkraftwerke Dachflächen in Hülle und Fülle in Nordrhein-Westfalen zu Verfügung. Das unterstreicht auch das aktuelle Solarkataster des Landesamts für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV). Mit

Hilfe dieser Plattform können sich 11 Millionen Dachbesitzer, Bürger, Kommunen und Unternehmen online über Photovoltaik-Nutzung informieren (www.solarkataster.nrw.de).

Um die Technik vernünftig einsetzen zu können, brauchen wir Speicher. Auch das hat die NRW-Koalition erkannt und schon jetzt deutlich mehr Mittel für Speicherausbau und –forschung in den Haushalt eingestellt.

Wenn im dichtbesiedelten Nordrhein-Westfalen fast jede Scheune, jede Sporthalle, jedes Rathaus, Eigenheime und Mietshäuser zum Energielieferanten werden können, ist das Potential riesig.

Zusätzlich wollen wir als CDU-Fraktion eine Vereinfachung für Mieterstromprojekte auf Bundesebene. Mit unserem Antrag geben wir den Startschuss für die Aufholjagd für mehr Photovoltaik auf nordrhein-westfälischen Dächern!

STUDENTISCHES WOHNEN

Unterstützung der Studierenden beginnt schon beim Wohnen

Wer sein Präsenzstudium unter optimalen Bedingungen durchlaufen möchte, braucht zwangsläufig auch einen bezahlbaren Ort zum Wohnen.

In den Studentenstädten Nordrhein-Westfalens wird das allerdings immer schwieriger. Durch die – regional unterschiedlich – stark gestiegene Entwicklung der Studentenzahlen und das insgesamt durch Zuzug und Wachstum geprägte Wohnumfeld ist studentischer Wohnraum knapper geworden. Allein die Anzahl der Studierenden, die in den Zuständigkeitsbereich der Studierendenwerke fallen, hat sich zwischen 2012 und 2017 um über 100.000 auf 607.065 Studierende erhöht. Die Erschließung von neuem studentischem Wohnraum hängt diesem immer stärker wachsenden Bedarf und den jahrzehntelangen Versäumnissen meilenweit hinterher. Oftmals müssen Studierendenwerke am Markt mit anderen Investoren um Grundstücke konkurrieren, da auf den Hochschulgeländen das studentische Wohnen in der Vergangenheit nicht ausreichend mitbedacht worden ist. Zusätzlich schaffen die notwendigen Renovierungen und Instandhaltungsmaßnahmen von bestehenden Wohnheimen – insbesondere in Trägerschaft der Studierendenwerke – zusätzlichen Handlungsbedarf.

Mit dem Neustart in der Bau- und Wohnungspolitik hat die NRW-Koalition die Rahmenbedingungen für höhere Investitionen in studentisches Wohnen bereits deutlich verbessert. Über die öffentliche Wohnraumförderung werden beispielsweise unverändert jährlich 50 Mio. Euro für die studentische Wohnraumversorgung zur Verfügung gestellt. Die der öffentlichen Wohnraumförderung des Landes Nordrhein-Westfalen zugrundeliegenden Förderbedingungen führen erfreulicherweise dazu, dass sich auch private Investoren zuneh-

mend in der Frage des Studierendenwohnens zu preisgebundenen Mieten engagieren.

Den darüber hinaus erkennbaren Handlungsbedarf greift die NRW-Koalition nun weiter auf: Grundstücke, die im Eigentum des Landes stehen, sollen kostengünstig für studentische Wohnzwecke zugänglich gemacht werden. Gleichzeitig müssen wir die bestehenden Förderansätze stetig aktualisieren und den aktuellen Bedingungen anpassen. Darunter fällt auch die Landesinitiative „Bauland an der Schiene“, welches auch für den studentischen Wohnungsbau im Rahmen von Sickerffekten genutzt werden kann. Auch die finanzielle Ausstattung der Studierendenwerke im Zusammenhang mit Erhalt, Sanierung und Modernisierung von Gebäuden für studentisches Wohnen muss überprüft werden. Nur so können wir das Problem des knappen studentischen Wohnraums verbessern.



Guido Déus,
CDU-Fraktions-
mitglied



Foto: Adobe Stock



Peter Preuß,
Gesundheits-
politischer Sprecher

WIR WOLLEN DEN ARZT VOR ORT

Landarztgesetz für eine bessere medizinische Versorgung

Was in Großstädten von Nordrhein-Westfalen noch kein Problem ist, ist eine der drängendsten gesundheitspolitischen Herausforderungen auf dem Land: der drohende Ärztemangel. Denn kaum ein Arzt will mehr aufs Land. Gründe dafür gibt es sicherlich viele und auch nicht alle können politisch gelöst werden. Durch die vermeintlich geringere Attraktivität des Landarzt-Berufes werden bislang immer weniger neue Arztpraxen im ländlichen Raum eröffnet und bestehende Hausarzt-Praxen haben Probleme einen möglichen Nachfolger zu finden. Leittragende dieses Dilemmas sind die Patienten. Mit dem verabschiedeten Landarztgesetz hat die NRW-Koalition einen wichtigen Schritt gemacht, um die Ärzteversorgung auch in den ländlichen Regionen zu verbessern und den zunehmenden Praxisschließungen entgegenzuwirken.

Mit dem Landarztgesetz übernimmt Nordrhein-Westfalen eine Vorreiterrolle in Deutschland. Schon zum kommenden Wintersemester (2019/2020) werden die ersten Medizin-Studierenden für die hausärztliche Versorgung in unterversorgten oder von Unterversorgung bedrohten ländlichen Regionen verpflichtet werden. Die frühe Festlegung der Studierenden stellt dabei kein Problem dar. Es gibt hochmotivierte junge Menschen, die schon früh wissen, dass sie Hausärztin/Hausarzt werden möchten. Durch die Landarztquote erhalten Sie die Möglichkeit zu einem Studium, zu dem sie ansonsten gar nicht oder erst später einen Zugang erhalten würden. Für alle anderen stehen nach wie vor Studienplätze im Rahmen des regulären Auswahlverfahrens zur Verfügung. Doch wir wollen, dass die hausärztliche Versorgung in Nordrhein-Westfalen deutlich gestärkt wird. Aus diesem Grund wird in Bielefeld eine medizinische Fakultät für bis zu 300 zusätzliche Medizinstudentinnen und -studenten pro Jahr eingerichtet.

Zudem sollen alle medizinischen Fakultäten in Nordrhein-Westfalen einen Lehrstuhl für Allgemeinmedizin erhalten, um diese Fachrichtung zu stärken.

Um gegen die akuten ärztlichen Versorgungsmängel auf dem Land vorzugehen, wird die NRW-Koalition auch die laufenden Projekte der kassenärztlichen Vereinigungen weiter forcieren und im Auge behalten. Auch mit den verstärkten Anstrengungen der NRW-Koalition im Bereich der Telemedizin legt sie wichtige Grundsteine für eine nachhaltige Lösung des Problems Ärztemangel. Denn digitale Technologien, wie telemedizinische Diagnostik, Telenotarzt und digitale Rezepte, können einen möglichen Aufwand verringern und behalten dennoch das vertrauensvolle, direkte Verhältnis zwischen Arzt und Patient im Fokus.



Foto: Adobe Stock



Foto: CDU-Fraktion

Im Bild: Markus Leßmann, Anke Fuchs-Dreisbach, Dr. Ulrike Hein-Rusinek, Peter Preuß, Prof. Dr. Birgit Janssen (v. l. n. r.)

WERKSTATTGESPRÄCH

Präventive Maßnahmen für die Gesundheit

Überforderung, Stress – das ganz einfache „Ich kann nicht mehr“ auf der Arbeit kann auf Dauer dafür sorgen, dass wir krank werden. Das muss nicht so sein, kommt aber Studien zu Folge seit den frühen 2000er Jahren proportional immer häufiger vor.

Grund genug für die CDU-Fraktion, sich dieses Themas in dem erprobten Format des Werkstattgesprächs anzunehmen.

Im Austausch mit Experten und Praktikern ging es um die Gründe, um das Erkennen der Anzeichen und darum, wie Prävention helfen kann, die Gesundheit von Arbeitnehmern zu verbessern.

„Bei den Gründen für eine Arbeitsunfähigkeit stehen psychische Erkrankungen inzwischen an zweiter Stelle, für eine Berufsunfähigkeit sogar an erster Stelle. Nicht nur mit Blick auf die Kosten für Sozialversicherungsträger und Wirtschaft, sondern auch auf die Arbeitskräfte-

sicherung und den Fachkräftemangel, müssen wir die Gesundheit der Beschäftigten schützen und erhalten. Daher ist es umso wichtiger, dass wir Arbeitsbedingungen schaffen, die es den Beschäftigten erlauben immer länger gesund, kompetent und motiviert am Erwerbsleben teilzuhaben“, erklärte der gesundheitspolitische Sprecher Peter Preuß.

Viele wichtige Impulse kamen bei dem Werkstattgespräch zusammen. Eine bessere Vernetzung zwischen Betriebsärzten und Kliniken zum Beispiel: Die Zusammenarbeit in solchen betriebsnahen Versorgungsnetzwerken macht eine rechtzeitige Diagnostik und eine schnelle Therapieeinleitung möglich. Dadurch wird der Krankheitsverlauf verkürzt. Die Politik kann sich zur Vorbeugung von psychischen Erkrankungen bei den Rahmenbedingungen einbringen. Dafür muss sie Arbeitszeiten, Arbeitsschutz, Gesundheitsförderung sowie Prävention in den Blick nehmen. Bei der Lösung all dieser Probleme ist der ständige Dialog ein wichtiger Faktor.

Löttgens parlamentarischer Nachschlag!

Von Mücken und Elefanten

Sicherheit, Stabilität, auch auf Grund einer funktionierenden Regierung; Vertrauen gegenüber den Behörden, der Polizei und der Justiz. Das kennzeichnete 2018 den Sieger des „World Happiness Report“. Und Sie ahnen es vielleicht: Die glücklichsten Menschen lebten im vergangenen Jahr nicht in Deutschland, sondern in Finnland.

In einer „Disziplin“ jedoch, da macht uns keiner so leicht etwas vor. Da sind wir Weltspitze! Niemand schaffte es so gut und ausdauernd wegen Kleinigkeiten viel Aufregung zu erzeugen! Mit großer Leidenschaft werden Mücken zu Elefanten gemacht. Karnevalswitze bestimmen die Titelseiten großer Tageszeitungen, sind Aufmacher in den Hauptnachrichten-Sendungen und sorgen für tagelange erregte Diskussionen. Da entscheidet eine KiTa in Hamburg, dass sich ihre Kinder nicht mehr als Indianer verkleiden dürfen und begründet das mit „kultursensibler, diskriminierungsfreier und vorurteilsbewusster Erziehung“. Die sozialen Netzwerke flippen aus. Da erstarrt die Welt geradezu in Ehrfurcht vor einer 16-jährigen Schwedin, die Schüler dazu aufruft, am Freitag Vormittag für mehr Klimaschutz zu „streiken“ und vom Bundestag bis in die Landtage hinein wird, von den Medien wohlgefällig begleitet, in einer Mischung von Erbitterung und Hysterie um die Schulpflicht gestritten.

Nachdenklich stimmt mich dabei nicht nur der anscheinend immer funktionierende Mechanismus eine Erregungswelle aufzubauen, sondern die Leichtfertigkeit, mit der SPD, GRÜNE und AfD diese Stimmungslagen als vermeintliche „Volksmeinung“ ausnutzen, ja teilweise verstärken wollen, um daraus eigenen politischen Profit zu schlagen. Das darf man getrost Populismus nennen.

Wesentliches Kennzeichen unserer Volkspartei CDU aber ist es, Interessenvielfalt ausgleichend vertreten zu wollen. Das ist in Zeiten andauernder Erregungswellen bisweilen mühevoll und anstrengend, gerade auch in Parlamentsdebatten. Dennoch wählen wir lieber diesen Weg, den ein ehemaliges Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtages und späterer Bundespräsident, Walter Scheel, treffsicher so formulierte: „Es kann nicht die Aufgabe eines Politikers sein, die öffentliche Meinung abzuklopfen und dann das Populäre zu tun. Aufgabe des Politikers ist es, das Richtige zu tun und es populär zu machen.“

Unterstützen Sie uns weiterhin mit Anregungen und Kritik auf diesem Weg, für unser Land das Richtige zu tun und helfen Sie mit, es populär zu machen!

IMPRESSUM:

Herausgeber: CDU-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf | **Vorsitzender:** Bodo Löttgen MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer: Matthias Kerkhoff MdL | **Redaktion:** Stephanie Feck, Kai Schumacher, Joschka Thiel, Britta Weiss
Kontakt und Website: www.cdu-fraktion.nrw

Neuer Freundschaftspakt in Aachen besiegelt



Foto: Ralph Sondermann

Genau 56 Jahre nach Unterzeichnung des Élysée-Vertrages haben Bundeskanzlerin Angela Merkel und Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron einen neuen Freundschaftspakt in Aachen besiegelt. Unser Landesvorsitzender, Ministerpräsident Armin Laschet, bezeichnete den neuen Freundschaftsvertrag, den „Aachener Vertrag“, als „beispiellose historische Würdigung der Rolle Nordrhein-Westfalens“. „Aus dem Élysée-Vertrag ist der Aachener Vertrag geworden: die Erneuerung der deutsch-französischen Beziehungen bei uns, in der Stadt Karls des Großen“, sagte Laschet bei der Unterzeichnung im Januar.

„Wir wollen und werden Motor bei der künftigen Entwicklung Europas sein. Es macht mich stolz, dass Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel dafür in unserem Land den Grundstein legen“, so Laschet weiter. Er verstehe den Vertrag auch als „Gegenmodell zu ‚Mein Land first‘.“

Dennis Radtke übernimmt Vorsitz

CDA-Landestagung im Zeichen des Generationswechsels

Nach 17 Jahren hat es bei der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft einen Führungswechsel gegeben. Ralf Brauksiepe (51) stellte sich bei der CDA-Landestagung Ende Januar in Bad Sassendorf nicht mehr zur Wiederwahl. Der Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann dankte ihm im Namen der CDA, aber auch als langjähriger Weggefährte für sein Engagement: „Ralf Brauksiepe hat viel für die CDA getan, viele Dinge für uns im Stillen an den entscheidenden Stellen abgeräumt. Wir konnten uns immer auf ihn verlassen.“ – Stehender Applaus und eine Geschenkübergabe folgten. Auch der CDU-Landesvorsitzende, Ministerpräsident Armin Laschet, bedankte sich zunächst bei Ralf Brauksiepe für die vielen Jahre als Vorsitzender der Sozialausschüsse in Nordrhein-Westfalen. Der Dank galt aber auch allen Delegierten im Saal, denn er wisse, es sei nicht immer leicht, für Positionen einzustehen, sagte Laschet. „In Nordrhein-Westfalen schlägt das Herz der Christlich-Sozialen in der CDU.“ Bei den anschließenden Vorstandswahlen wurde der 39-jährige Europaabgeordnete Dennis Radtke aus Bochum mit großer Mehrheit zum neuen Vorsitzenden gewählt. Erste Stell-

„Verbrechen müssen jeder Generation Mahnung sein“



Foto: Ralph Sondermann

Unser Landesvorsitzender, Ministerpräsident Armin Laschet, hat anlässlich des Holocaust-Gedenktages ein entschlossenes Einstehen gegen Antisemitismus angemahnt. „Wir müssen den Antisemitismus von rechts konsequent bekämpfen – auf der Straße, im Netz, auf Schulhöfen“, sagte Laschet bei seinem Besuch des ehemaligen deutschen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau am 27. Januar. „Ebenso sagen wir jenen Zuwanderern, die mit antisemitischer Tradition aufgewachsen sind: Wir dulden keine Form von Antisemitismus oder Diskriminierung.“

Laschet wurde begleitet von Staatssekretärin Serap Güler und von Jugendlichen und jungen Erwachsenen christlichen, jüdischen sowie muslimischen Glaubens, die auf Einladung der Union progressiver Juden zur gleichen Zeit vor Ort waren.

„Die unfassbaren Verbrechen der Vergangenheit müssen jeder neuen Generation Mahnung und Verpflichtung sein“, sagte Laschet. Alle Schüler müssten sich damit auseinandersetzen – „ganz egal woher sie kommen oder welcher Religion sie angehören“.



Foto: Rochlitzer

vertreterin ist die Patientenbeauftragte der Landesregierung, Claudia Middendorf aus Dortmund. Weitere Stellvertreter bleiben Ralf Robertz (Viersen), Elisabeth Winkelmeier-Becker (Siegburg) und Bernd Schulze-Waltrup (Paderborn). Auch bestätigt wurde Andreas Schlüter als Schatzmeister. Weitere 22 Vorstandsmitglieder komplettieren den neuen Landesvorstand.

Nach dem CDU-Generalsekretär Josef Hovenjürgen trat Elmar Brok ans Mikrofon. Leidenschaftlich warb der Vorsitzende der EU CDA für den Zusammenhalt in Europa und einen engeren Weg in der Sozialpolitik. Unter anderem forderte er gleiche soziale Mindeststandards und Arbeitnehmerrechte in den EU-Staaten.



Rund 800 Gäste im Museum Kunstpalast

Ein guter Start in 2019 mit einem gelungenen Neujahrsempfang

Rund 800 Gäste und eine wortstarke Rede unseres Landesvorsitzenden, Ministerpräsident Armin Laschet: Das war der Neujahrsempfang der CDU Nordrhein-Westfalen im Museum Kunstpalast in Düsseldorf. Dazu gab es klangvolle Klaviermusik von Erik de Breer genannt Nottebohm.

Nach der Eröffnung und Begrüßung durch Generalsekretär Josef Hovenjürgen rief unser Landesvorsitzender Armin Laschet dazu auf, bei der Europawahl abstimmen zu gehen. „Wir müssen die Wahl am 26. Mai zu unserem Referendum machen“, sagte Laschet in seiner Rede und appellierte: „Unser Wohlstand und tausende Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen hängen ab vom europäischen Binnenmarkt. Wir wollen das geeinte Europa und werden gegen die Populisten kämpfen, die das europäische Projekt zerstören wollen.“

Dass mit Manfred Weber ein CSU-Mitglied neuer EU-Kommissionspräsident werden wolle, schweiße CDU und CSU enger für

die Europawahl zusammen. „Wir wollen alles dafür tun, dass mit Manfred Weber wieder ein Deutscher Kommissionspräsident wird“, sagte Laschet weiter.

Nach dem offiziellen Teil nutzen die Gäste die Möglichkeit, um in der beeindruckenden Kulisse des Museums miteinander ins Gespräch zu kommen. ■



Fotos: Ralph Sondermann



Politischer Aschermittwoch in Kirchveschede

Volles Haus, viel Humor und mitreißende Reden

In dem eng gefüllten Saal wird Spalier gestanden, als unser Landesvorsitzender, Ministerpräsident Armin Laschet, in Richtung Bühne schreitet. Die Blasmusik spielt. Dicht hinter ihm Generalsekretär Josef Hovenjürgen und Fraktionschef Bodo Löttgen. Auch Jochen Ritter und Klaus Kaiser bahnen sich ihren Weg durch die Menge – und natürlich ist auch Dr. Peter Liese dabei, der NRW-Spitzenkandidat für die Europawahl. Rund 600 Parteifreunde und Gäste aus dem Sauerland applaudieren. Unter ihnen auch die beiden Bundestagsabgeordneten Patrick Sensburg und Matthias Heider und alle CDU-Landtagsabgeordneten aus Südwestfalen.

Den „Einheber“ macht an diesem Nachmittag der Generalsekretär. Er nimmt zuerst die Sozialdemokraten ins Visier. „Die SPD hat die Zeichen der Zeit immer noch nicht erkannt. So kritisiert sie beispielsweise, unser Kampf gegen die Clankriminalität binde viel Energie und viel Personal“, ruft Josef Hovenjürgen und entgegnet: „Ja und? Sollen wir einfach weiter tatenlos zusehen, wie ganze Stadtviertel immer weiter abgleiten und kriminelle Familien die Straße beherrschen? Ist es nicht besser, man setzt da einen Schwerpunkt als auf unsinnige Blitzermarathons wie die frühere Landesregierung?“ Und die Grünen? Die benähmen sich mit Blick auf den Hambacher Forst und ihre eigene Leitentscheidung von 2016 „wie eine echte APO“.

Der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Armin Laschet, richtet schließlich den Fokus auf die Europawahl. Das sei „keine Protestwahl“, sagt er. „Jetzt geht es wirklich darum: Können wir wirklich ab Mai in Europa noch weltweit agieren und handeln.“

„Wir müssen kämpfen und die Menschen von unserem Europa überzeugen, für das Konrad Adenauer und Karl Arnold den Grundstein gelegt und Helmut Kohl gekämpft hat“, ruft Laschet.

Zum Ende der Session plädiert Laschet für mehr Humor und Gelassenheit bei Reden und politischen Äußerungen im Karneval. „Wir beschäftigen uns mit Problemen, die andere nicht haben“, sagt er. „Karneval ist Karneval und das sollten sich einige auch mal klarmachen.“

Der Europaabgeordnete und Spitzenkandidat Peter Liese wirbt zum Ende der Veranstaltung für Umweltschutz – „aber nicht für Umweltschutz nach grüner Manier“. Die Grünen seien in Europa nach wie vor eine Verbotspartei, sagt Liese und nennt als Beispiel: „Die Grünen haben allen Ernstes einen Antrag gestellt, dass es in ganz Europa verboten sein soll, Luftballons mit Helium zu befüllen und in die Luft steigen zu lassen.“ Liese fährt fort: „Es ist gut, dass wir diesen Antrag abgelehnt haben!“ – Und lässt vor den Augen der applaudierenden Gäste drei Ballons an die Decke der Schützenhalle steigen. ■



Fotos: Ralph Sondermann

Die Europäische Union:

RECHTE UND LINKE ZERSTÖRUNGSPLÄNE

Von Katja Heins und Dr. Stephan Terhorst



Bundeskanzlerin Angela Merkel blickt mit großer Sorge auf die anstehende Europawahl. „Das wird ein großer Kampf“, sagte sie kürzlich. Es drohe eine Entwicklung, „die ins Elend führen“ könnte. Man müsse entschieden gegen jene kämpfen, die mit „kleinen Hassparolen“ Ängste schüren wollten.

„Europa steht an einer Kreuzung, wieder einmal“, sagte auch die CDU-Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer und appelliert immer wieder an alle Pro-Europäer, die „historische Herausforderung“ anzunehmen.

Beide Politikerinnen wählen nicht oft Pathos als Überzeugungsmittel der Rede. Doch wenn es um den Fortbestand der Europäischen Union geht, ist sachliche Nüchternheit zurecht fehl am Platz. Es bedarf drastischer Worte, um zu verstehen, was in diesen Zeiten auf dem Spiel steht: Der EU droht durch Rechten und Linken Populismus, Splitter- und Spaßparteien eine Zerreißprobe. Daher ist die Europawahl am 26. Mai die wichtigste, die es je gegeben hat.

Wie ist die aktuelle politische Situation?

Vor allem rechte Parteien sind in ganz Europa auf dem Vormarsch: Bei den Parlamentswahlen 2018 in Italien hat die rechtsextreme Lega ihren Rekordwert erreicht, sie besetzt fast ein Drittel der Plätze im Parlament. Der italienische Innenminister Matteo Salvini hat übrigens einen persönlichen Draht zu Steve Bannon, dem vormaligen Rechtsaußen-Strategen von Donald Trump. Salvinis Leitspruch lautet: „Prima gli italiani!“ – also: „Zuerst die Italiener.“ Wenn das nicht an die USA erinnert.

In Österreich ist die rechtspopulistische FPÖ drittstärkste Kraft. Sie ist als Koalitionspartner in der Bundesregierung von Sebastian Kurz vertreten und stellt mit Heinz-Christian Strache den Vizekanzler.

Die Lage in Deutschland: Die AfD ist in allen Landtagen vertreten, zog 2017 sogar in den Bundestag ein. Der Verfassungsschutz nimmt sie nun stärker als bisher unter die Lupe und erklärte die Partei im Januar als Ganzes zum „Prüffall“. Nach dem Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts darf der Verfassungsschutz die AfD nun nicht mehr so nennen, aber weiter überprüfen. Der rechtsnationale Flügel unter Björn Höcke und die Nachwuchsorganisation JA wurden sogar als „Verdachtsfall“ eingestuft. Der Landeschef der NRW-AfD, Helmut Seifen, warnte in einem Brief an die Mitglieder vor einem steigenden Einfluss des ganz rechten Parteirandes in Nordrhein-Westfalen.

Im Nachbarland, den Niederlanden, ist die anti-islamische Partij voor de Vrijheid von Geert Wilders die zweitgrößte politische Kraft des Landes. Der rechtsextreme Front National in Frankreich, seit Sommer umbenannt in Rassemblement National, sitzt seit 1986 im französischen Parlament. Marine Le Pen schaffte es in den letzten Präsidentschaftswahlen sogar in die Stichwahl.

Die ultra-nationalistische Partei Jobbik ist die größte Oppositionspartei im ungarischen Parlament. In Dänemark ist die fremdenfeindliche Volkspartei zweitgrößte Kraft im Land. Die rechtspopulistischen Schweden-Demokraten sind seit 2010 im Parlament; seitdem werden sie immer stärker. In Bulgarien sitzt die vereinigte patriotische Koalition im Parlament. Sie ist besonders gegen türkische Migranten, Roma-Minderheiten und Homosexuelle.

„Wir arbeiten daran, Europa von innen zu verändern.“

Doch was bedeutet das konkret für Europa? Ein großer Unterschied zur letzten Europawahl 2014 – und das Gefährliche – ist nun: Die ENF-Fraktion, die Fraktion „Europa der Nationen und der Freiheit“, deren Mitglieder von rechtspopulistisch bis rechtsextrem charakterisiert werden, gab es damals noch nicht. Sie wurde erst ein Jahr später gegründet. Salvini, Le Pen & Co. werden schon alleine deshalb deutlich intensiver im Wahlkampf zusammenarbeiten, davon ist auszugehen.

Ende Juni 2018 trafen sich Lega-Chef Matteo Salvini, Heinz-Christian Strache und FPÖ-Innenminister Herbert Kickl in Rom. In einem Interview mit der Washington Post verkündete Salvini kurz darauf, dass er rechte Parteien aus Österreich, den Niederlanden, Schweden, Frankreich und Deutschland zusammenbringen wolle, um „die Mehrheit im EU-Parlament“ zu stellen – derzeit ist die ENF die kleinste Fraktion. „Wir arbeiten daran, Europa von innen zu verändern“, so der italienische Innenminister in dem Interview.

Doch welche Rolle spielt dabei die AfD? Die deutschen Rechtspopulisten erhielten vor fünf Jahren 7,1 Prozent der deutschen Stimmen und schickten sieben Abgeordnete ins Europäisches Parlament, welche auf mehrere Fraktionen verteilt sind. In der ENF sitzt nur das frühere AfD-Mitglied Marcus Pretzell.

2014 sagte der damalige Parteichef Bernd Lucke noch, dass er mit Kräften wie dem Front National keine gemeinsame Politik machen wolle. Doch die heutige AfD ist personell und auch inhaltlich eine andere. AfD-Chef Jörg Meuthen äußerte sich diesbezüglich sehr offen im

ARD-Sommerinterview: „Ich finde unbedingt, dass sich die Parteien, die diese rechtskonservativen Positionen vertreten, zusammenschließen sollten.“ Damit wird wohl nach der Europawahl auch Deutschland erstmals mit mehreren Abgeordneten die ENF-Fraktion stärken.

Sollten all die genannten Parteien gemeinsam die stärkste Kraft im künftigen Europaparlament bilden, könnten sie die EU-Gesetzgebung so nachhaltig sabotieren, dass die Union kaum noch entscheidungsfähig wäre. Dringend benötigte Reformen, wie die zur Stabilisierung des Euro, wären praktisch unmöglich. Die Folgen? Katastrophal!

Bei ihrem Europaparteitag im sächsischen Riesa hat sich die AfD im Übrigen dafür ausgesprochen, das Europaparlament in Gänze abzuschaffen. Ein entsprechender Antrag setzte sich bei dem Treffen im Januar durch. Dieser wurde damit begründet, dass das EU-Parlament „mit seinen derzeit privilegierten 751 Abgeordneten“ undemokratisch sei. „Die Rechtsetzungskompetenz sehen wir ausschließlich bei den Nationalstaaten“, hieß es in dem Beschluss weiter.

Zudem machte die AfD klar, dass sie für einen „Dexit“ ist, also einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union. Alternativ zu einem EU-Austritt will die Partei „eine geordnete Auflösung der Europäischen Union und die Gründung einer neuen europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft“ anstreben.

Die Linke und die EU: Ja, Nein, Vielleicht

Die EU abschaffen? Mit dieser wahnsinnigen Idee stehen die Rechtspopulisten in Deutschland nicht allein da. Wenige Wochen vor der Europawahl brach auch bei den Linken mal wieder ein Streit um die Gretchen-Frage aus: Wie hältst du es mit der Europäischen Union?

„Bei aller Kritik kann die Zerstörung der EU nicht unser Ziel sein“, sagte – nein, nicht etwa Alexander Gauland von der AfD, dem man dieses Vokabular zutrauen würde, sondern – Dietmar Bartsch von der Linkspartei. Er wolle vielmehr daran erinnern, woher seine Partei komme. Da spiele der Satz „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ eine wichtige Rolle. Der frühere Linken-Chef Gregor Gysi, der immer Euro-kritisch war, sagte im Dezember: „Wenn die EU zusammenbricht, dann kommt der Krieg zurück nach Europa, davon bin ich fest überzeugt.“

Doch so sehen das nicht alle bei den Linken. Die einen wollen die EU trotz Kritik erhalten, ja sie vor den Rechtspopulisten retten. Die anderen halten die EU für so „grundsätzlich verdorben“, dass sie entweder den Rückzug auf den Nationalstaat befürworten oder aber die Kündigung aller Grundlagenverträge gutheißen – so schreibt es die FAZ.

Das Lager der EU-Gegner hatte im Parteivorstand kürzlich einen Sieg errungen. Dort wurde vor dem Europaparteitag in Bonn ein Leitantrag verabschiedet, der die EU in seiner Präambel in Grund und Boden stampft. Schon in der Überschrift wurde „ein solidarisches Europa der Millionen“ gegen die „Europäische Union der Millionäre“ gestellt. In ihren Verträgen seien „Neoliberalismus und Profitstreben eingeschrieben“, sie sei in den vergangenen zehn Jahren „noch neoliberaler und autoritärer geworden“. Die EU brauche einen Neustart mit einer Revision jener Grundlagen, „die militaristisch, undemokratisch und neoliberal sind“.

Auf dem Parteitag selbst wählte die Linke dann doch einen Mittelweg zwischen den Extremen: Am Ende gab es viel Kritik, aber mit einer positiven Grundhaltung zur Idee der Europäischen Union. „Ich meine,

auf eine andere EU hinzuarbeiten, ist die größere Liebeserklärung an Europa als zuzulassen, dass alles so bleibt, wie es ist“, sagt Parteichefin Katja Kipping.

Ja was denn nun? Liebesgrüße nach Brüssel? Ein halbes Ja zu Europa, ein halbes Nein oder doch eher ein Vielleicht? Man weiß es nicht.

Kandidatenliste mit Nazi-Namen

Und dann gibt es noch die Spaßparteien – allen voran „Die Partei“ um den Satiriker und Ex-„Titanic“-Chef Martin Sonneborn. Seit 2014 sitzt er im Europaparlament. Da damals 0,6 Prozent der deutschen Wähler für seine Partei gestimmt hatten, reichte das ohne Speerklausel für einen Sitz im Plenum.

Eigentlich hatte Sonneborn ja gar nicht lange bleiben wollen. Unmittelbar nach dem Einzug ins Parlament kündigte er an, sich vier Wochen lang intensiv auf seinen Rücktritt vorzubereiten – um Platz zu machen für seine Nachfolger, die dann im Monatsrhythmus zurücktreten sollten. Satire eben.

Doch aus Sonneborns Vorhaben wurde nichts. Die Geschäftsordnung des Parlaments machte ihm einen Strich durch die Rechnung. Und so arbeitete er mit und wurde unter anderem Mitglied im Ausschuss für Kultur und Bildung.

Im vergangenen August kündigte Sonneborn an, wieder kandidieren zu wollen. Gemeinsam mit dem aus der „heute show“ bekannten Kabarettisten Nico Semsrott (der, der immer mit einem schwarzen Kapuzenpullover auftritt) wolle er ein Kandidatenduo bilden und „einen Präsidentschaftswahlkampf nach amerikanischem Vorbild“ führen.

Beim Kinderspiel Schere, Stein, Papier habe man sich darauf geeinigt, dass Sonneborn für den Spitzenjob der Kommission antrete, Semsrott wolle den Chefsessel des Parlaments erobern. Auf der Kandidatenliste stehen Namen von Nazis wie Goebbels, Göring, Hess oder Eichmann. Dies sei ein probates Mittel, um – so wörtlich – „verwirrte CSU-Wähler“ und „demente CDU-Wähler“ zu einem Kreuz für seine Partei zu verleiten. Wie bitte? Ja, richtig gelesen.

Politische Satire in allen Ehren, aber das geht zu weit! Für Sonneborn dürfte es ohnehin die letzte Chance auf ein Mandat sein: Ab 2024 soll es nach dem Willen von CDU/CSU eine europaweite Sperrklausel von zwei Prozent geben, die den Einzug von Splitter- und Spaßparteien verhindert. Denn Europa zu gestalten ist mit ihnen ebenfalls nicht möglich!

Im Gegenteil: All diese Parteien sorgen dafür, dass Europa unregierbar wird, wichtige Mehrheiten nicht zustande kommen und Europa schließlich im Chaos endet. Damit hätten die Populisten ihr Ziel erreicht.

Europa ist allerdings zu wichtig, als dass wir es Rechts- und Linkspopulisten und politischen Clowns überlassen. Und deshalb müssen wir die Europawahl, wie unser Landesvorsitzender Armin Laschet es immer formuliert, „zu unserem Referendum“ machen. Denn es gilt: Wir lassen uns Europa von den Populisten nicht kaputt machen! ■

15 Fragen an Serap Güler



Serap Güler, Jahrgang 1980, verheiratet und seit 2009 Mitglied der CDU. Nach dem Abitur absolvierte sie zunächst eine Ausbildung zur Hotelfachfrau. Im Anschluss daran studierte sie an der Universität Duisburg-Essen Kommunikationswissenschaften und Germanistik. Von 2007 bis 2012 arbeitete sie als Referentin in zwei nordrhein-westfälischen Landesministerien. Zwischen 2012 und 2017 war sie Abgeordnete des Landtags von Nordrhein-Westfalen. Seit Juni 2017 ist Serap Güler Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen.

Als Kind wollten Sie sein wie?

Pippi Langstrumpf.

Wie sind Sie in die Politik gekommen?

Ich komme aus einer relativ unpolitischen Familie, weshalb mein Interesse für Politik auch recht spät erweckt wurde – und zwar erst an der Uni. Da wurde mir klar: Ich will meine Zukunft in und mit der Politik. Irgendwann macht man auch Nägel mit Köpfen und tritt in eine Partei ein, in der man sich mit seinen politischen Vorstellungen wiederfindet.

Wer ist Ihr politisches Vorbild?

Heiner Geißler.

Wenn Sie ein Vorhaben beschleunigen könnten, welches wäre das?

Die Integration der Menschen mit Migrationsgeschichte und Neuzugewanderten verbessern.

Gibt es einen politischen Gegner, den Sie sehr schätzen?

Katarina Barley.

Wie verbringen Sie ein freies Wochenende?

Mit Familie und guten Freunden. Mit gutem Essen und anregenden Gesprächen.

Was lesen Sie gerade?

„Winter der Welt“ von Ken Follett.

Bei welcher Musikrichtung fühlen Sie sich aufgehoben?

Türkische Balladen.

Für welches Fernsehereignis lassen Sie alles andere liegen?

Für die BBC-Serie „Sherlock“.

Haben Sie ein Lebensmotto?

Unter Druck entstehen Diamanten.

Was haben Sie von Ihrer Mutter gelernt?

Durchsetzungsfähigkeit und immer mit ganzer Leidenschaft für die eigenen Ideale einzutreten.

Was ist Ihr liebstes Reiseziel in Europa?

London.

Was bedeutet Ihnen Europa?

Frieden.

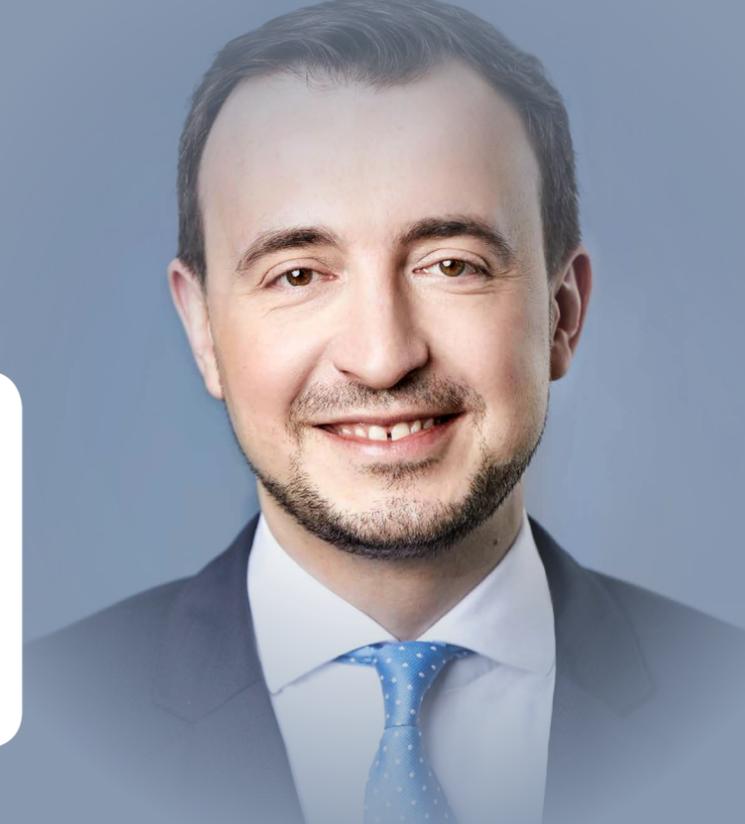
Welches sind für Sie die größten Vorteile der Europäischen Union?

Frieden, Freiheit und Freizügigkeit.

Warum am 26. Mai wählen gehen?

Überall in Europa ist der Populismus – von rechts wie von links – im Vormarsch. Am 26. Mai hat jeder EU-Bürger die Gelegenheit, mit seiner Stimme dagegen zu halten.

15 Fragen an Paul Ziemiak



Paul Ziemiak, Jahrgang 1985, ist verheiratet, Vater eines Sohnes und seit 2001 Mitglied der CDU. Bereits drei Jahre zuvor trat er der Jungen Union bei. Seine ersten politischen Schritte machte er im Kinder- und Jugendparlament der Stadt Iserlohn. 2012 wurde er auf dem 47. JU NRW-Tag mit 92,5 Prozent der Stimmen zum Landesvorsitzenden der Jungen Union NRW gewählt. Zwei Jahre später stieg er zum Bundesvorsitzenden der Jungen Union auf. Bei der Bundestagswahl 2017 zog er erstmals als Abgeordneter in den Deutschen Bundestag ein. Seit Dezember 2018 ist Paul Ziemiak Generalsekretär der CDU Deutschlands.

Als Kind wollten Sie sein wie?

Polizist.

Wie sind Sie in die Politik gekommen?

Schon ziemlich früh. Mit 14 wurde ich Vorsitzender des Kinder- und Jugendparlaments meiner Heimat Iserlohn.

Wer ist Ihr politisches Vorbild?

Um eine Person zu nennen, die ich sehr schätze – besonders großen Respekt habe ich vor Prof. Dr. Otto Wulff, der selbst im hohen Alter jeden Tag dafür streitet, dass die Welt für junge Menschen besser wird.

Wenn Sie ein Vorhaben beschleunigen könnten, welches wäre das?

Frieden in der Ukraine.

Gibt es einen politischen Gegner, den Sie sehr schätzen?

SPD-Generalsekretär Lars Klingbeil.

Wie verbringen Sie ein freies Wochenende?

Mit meiner Familie im Sauerland.

Was lesen Sie gerade?

„Türme und Plätze“ von Niall Ferguson.

Bei welcher Musikrichtung fühlen Sie sich aufgehoben?

Rock und Pop.

Für welches Fernsehereignis lassen Sie alles andere liegen?

Zum Lachen bringt mich Bastian Pastewka.

Haben Sie ein Lebensmotto?

Jeder Morgen ist der Anfang eines neuen Lebens.

Was haben Sie von Ihrer Mutter gelernt?

Meine Mutter war eine wunderbare und starke Frau. Sie hat uns immer klar gemacht: Jeder Mensch hat eine Chance verdient.

Was ist Ihr liebstes Reiseziel in Europa?

Wenn der BVB im Finale der Champions League steht, fahre ich überall hin.

Was bedeutet Ihnen Europa?

Was Europa zu Europa macht, sind wir Menschen. Europa bedeutet Freundschaft, nicht Misstrauen, Diplomatie, nicht Konfrontation, Konstanz, nicht Willkür. Für mich ist Europa ein Herzensprojekt, denn Europa steht für gemeinsame Werte.

Welches sind die größten Vorteile der EU?

Die EU macht ihre Mitgliedstaaten stark, Europa sichert Freiheit, Sicherheit und Wohlstand. Unser Wohlstand entsteht durch freien Handel und multilaterale Handelsabkommen. Die Soziale Marktwirtschaft Europa beweist Tag für Tag ihre Stärke im globalen Wettbewerb der verschiedenen Systeme.

Warum am 26. Mai wählen gehen?

Es geht um ein starkes und handlungsfähiges Europa in der Zukunft. Europa braucht eine starke Stimme, denn Europa muss man richtig machen. Dafür steht die EVP, dafür stehen bedeutende Persönlichkeiten wie Unions-Spitzenkandidat Manfred Weber und Peter Liese, unser Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen.

„Europa muss sich behaupten“

Das größte und wichtigste Feld ist die internationale Sicherheit, sagt der europaweite Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber. Und der Brexit? Der müsse Mahnung und Weckruf zugleich sein.

Ein Gastbeitrag von Manfred Weber

Fotos: Nikky Maier

Der 26. Mai kann zu einem Schicksalstag für unseren Kontinent werden. Bei der Europawahl liegt die Zukunft Europas in den Händen der Menschen. Sie entscheiden, ob Europa den Populisten und Nationalisten in die Hände fällt und die Gemeinschaft in ihren Grundfesten erschüttert wird, ob linke politische Kräfte ihre Idee eines Verbots- und Umverteilungseuropas durchsetzen oder ob Europa stark, bürgernah und handlungsfähig wird.

Europa wird innen und außen herausgefordert. Mit großer Anstrengung ist uns gelungen, die Krisen der vergangenen Jahre zu bewältigen und Europa zurück auf die Erfolgsspur zu bringen. Beispielsweise wurde die Schuldenpolitik in den EU-Staaten weitgehend gestoppt, der Euro ist stabil, die Wirtschaft wächst und 13 Millionen Arbeitsplätze wurden geschaffen, vor allem aufgrund unserer Politik für Reformen, Konsolidierung und Investitionen. Parteien der politischen Linken propagieren nun einen Kulturwechsel in der EU. Dieser würde Leistungsbereitschaft, Innovationen und freiheitliche Eigenverantwortung hemmen. Der Verbotspolitik liegt ein anderes Menschenbild zugrunde. Das Europa der Umverteilung ist ein Europa, das verantwortliche Haushaltspolitik, Reformwillen und Wirtschaftskraft bestraft: Vergemeinschaftung von Schulden, die Untergrabung des Stabilitäts- und Wachstumspakts oder das Aufschieben von Strukturreformen führen in die Schuldenunion und zum Abschwung. Wir dürfen unsere Erfolge jetzt nicht durch einen solchen Politikwechsel gefährden.

Auf der anderen Seite des politischen Lagers formieren sich europaweit die Kräfte der rechten Populisten und Nationalisten. Teile von ihnen wollen das Parlament, in dem sie sitzen würden, abschaffen. Andere gehen soweit, dass sie das Projekt der Europäischen Union begraben möchten. Deutschland hat ein fundamentales Interesse an der europäischen Einigung, an einem

funktionierenden Europa. Wenn das Europa des Miteinanders und der Partnerschaft scheitert, können wir keine gute Zukunft haben. Der Brexit muss uns eine Mahnung sein – und ein Weckruf für die Wähler vor den Parteien, die im Ausstieg Deutschlands aus der EU eine Alternative sehen. Das ist keine Alternative. Das ist nichts anderes als zerstörerischer Nationalismus.

Auch die internationalen Herausforderungen sind immens, die Unsicherheit nimmt ständig zu: Im globalen Wettbewerb der prosperierenden Regionen muss Europa sich behaupten. Auf den Zukunftsfeldern der Digitalisierung wie Künstlicher Intelligenz, Mobilitätstechnologien oder Big Data müssen wir in der globalen Liga mitspielen und Zukunftsmarkt sein. Aufstrebende Regionen Asiens, die Technologieführer USA oder China warten nicht auf den nächsten Innovationsschub – sie gestalten ihn. Und so muss auch Europa Innovationsraum sein. Ein Projekt, das mir dabei besonders am Herzen liegt, ist der Fortschritt auf dem Gebiet der Medizin, weil die Menschen sehr unmittelbar davon profitieren. Gemeinsam hat Europa die Chance, große Geißeln unserer Zeit wie den Krebs oder Alzheimer zu stoppen. Das kann gelingen, wenn wir beispielsweise unsere Ressourcen und Ziele beim Kampf gegen Krebs besser abstimmen, bündeln und einen Masterplan entwerfen. Entwicklung, Forschung und Schlüsseltechnologien müssen in Europa einen Chancenmarkt haben. Wir dürfen die kommenden Innovationen nicht den anderen überlassen. Wir wollen dabei aber unseren Weg gehen, bei dem der Mensch, unsere Grundwerte und ethischen Prinzipien gelten und nicht der hemmungslose Profit ungeachtet von den Rechten des Individuums.

Das größte und wichtigste Feld aber ist die internationale Sicherheit. Wir spüren doch alle, dass die großen Mächte dieser Welt ihre Politik immer aggressiver und ohne Rücksicht auf uns

führen. Wir als Europäer wollen unseren Weg der Werte, der Diplomatie und des Miteinanders fortsetzen. Dafür müssen wir unser Schicksal aber mehr in die eigenen Hände nehmen, unserer Verantwortung gerecht werden und unsere Verteidigungsfähigkeit sicherstellen. Sonst werden wir zum Spielball anderer. Hand in Hand mit der NATO und unseren transatlantischen Partnern wollen wir für mehr Stabilität und Sicherheit in der Welt sorgen. Europa muss seinen Gestaltungswillen in der Außen- und Sicherheitspolitik verwirklichen. Dazu braucht es auch Reformen: Im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik wollen wir deshalb das Einstimmigkeitsprinzip hinter uns lassen. Europa steht für eine wertegebundene Außenpolitik und für das Prinzip multilateraler Lösungen. Wer, wenn nicht Europa, soll beim Klimaschutz vorgehen? Wer, wenn nicht Europa, soll soziale und ökologische Standards in die Welt exportieren und so der Globalisierung Regeln geben? Wer, wenn nicht Europa, setzt auf das Mittel der Diplomatie statt auf die Eskalationsspirale? Wir brauchen ein starkes Europa, das sich in der Welt selbst behaupten kann.

Wir müssen Europa zusammenhalten. Nur wenn Europa nach innen stark und geschlossen ist, kann es auch stark nach außen sein. Europa macht die europäischen Nationen stark. Wir müssen die Konflikte und Spannungen der letzten Jahre hinter uns lassen – ob Nord, Süd, Ost oder West, nur gemeinsam sind wir stark. Auch die gesellschaftlichen Konflikte, die andere Parteien der Extreme fördern, müssen wir als Volksparteien, als politische Klammern dieses Landes, zusammenführen. Wo andere politische Kräfte spalten, wollen wir als Union ein bürgerliches Angebot machen, das eint. Europa braucht uns. Und wir brauchen Europa.

Ich will gemeinsam mit den Bürgern ein neues Kapitel für Europa aufschlagen: ein Europa, das wir mutig, optimistisch und

ambitioniert anpacken; aber auch ein Europa, das kein abgehobenes Elitenprojekt sein darf. Politik muss raus aus den Hinterzimmern und raus auf die Straße, an die Stammtische, auf die Marktplätze, ins Netz und in die Parlamente. Ich will Europa zurück zu den Menschen bringen.

Wir als CDU und CSU werben für ein Europa, das seine Werte schützt. Für ein Europa, das starke Regionen hat. Für ein Europa, das seine Grenzen kennt und sich um die großen Fragen kümmert. Für ein Europa, das seine Außengrenzen schützt. Für ein Europa, das eng in der Inneren Sicherheit kooperiert. Für ein Europa, das seine kulturelle Vielfalt wertschätzt. Für ein Europa, das bürgernah ist. Kurzum: Wir kämpfen für ein bürgerliches Europa!

Die Entscheidung darüber liegt bei der Europawahl in den Händen der Menschen. Sie entscheiden, ob zerstörerischer Egoismus oder die Gemeinschaft, Populismus oder Gestaltungswille siegt. Wir als Union sind die Europaparteien Deutschlands. Wir machen den Menschen ein Angebot, wie unser Europa der Zukunft aussieht. Lassen Sie uns gemeinsam für ein bürgerliches Europa kämpfen. Es geht um so viel wie nie! ■



Manfred Weber

Manfred Weber (46) ist der europaweite Spitzenkandidat der EVP für die Europawahlen sowie der Spitzenkandidat von CDU und CSU. Seit 2014 führt er als Vorsitzender die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.

Der Rechtsstaat gilt für alle!

„Der Rechtsstaat ist kein nettes Beiwerk der Demokratie. Er ist ihr Rückgrat und damit das Fundament, auf dem Demokratie erst gelebt werden kann.“

Eine sehr treffende Aussage. Nur würde ich mich freuen, wenn die Grünen diesen Satz, den sie im Rahmen ihrer Kampagne für den Rechtsstaat auf Bundesebene formuliert haben, auch in Nordrhein-Westfalen ernst nähmen.

Das, was ich von den Grünen hier im Land nämlich höre und sehe, lässt mich erheblich daran zweifeln, dass sie diesen Satz ohne Einschränkung, ohne wenn und aber, so meinen.

Wenn beispielsweise ein Gericht die Illegalität einer Aktion feststellt, wie z.B. das Besetzen eines fremden Forstes, wäre es dann nicht konsequent, dies anzuerkennen und die Besetzer unmissverständlich aufzufordern, unverzüglich das Gelände zu räumen?

Wie kann es sein, dass eine Partei, die mehrere Jahre Minister in der Landesregierung gestellt hat, also in besonderem Maße verantwortlich war für Recht und Gesetz in diesem Land, diese eindeutige Aussage vermissen lässt?

Es ist schon schlimm genug, dass die rot-grüne Vorgängerregierung die Besetzung fremden Eigentums jahrelang stillschweigend geduldet hat. Es ist nicht nachvollziehbar, wie sie darüber hinwegsehen konnte, dass geltende Gesetze missachtet und Baurecht einfach nicht angewandt wurde.

Illegale Wohnungen im grünen Außenbereich werden sofort geräumt. Das ist auch für die Grünen kein Problem. Nur der Hambacher Forst soll ein rechtsfreier Raum sein?

Für mich ist das mehr als ein politischer Offenbarungseid. Mir scheint, hier sind völlig die Maßstäbe verrutscht und die Grünen dem Irrtum verfallen, ihre eigenen moralischen Ansprüche seien so etwas wie eine Super-Norm. Gesetz und Gesetze aber gelten in Deutschland für alle gleich. Es gibt kein Recht 1. oder 2. Klasse.

Wir müssen aufpassen, dass wir an den grundlegenden Prinzipien unseres Zusammenlebens festhalten – und dazu gehört der Konsens, dass Gesetze für alle und ausnahmslos gelten.

Wenn wir anfangen, uns auf eine höhere moralische Einsicht zu berufen und dabei geltende demokratisch beschlossene Normen außer Acht lassen, dann ist das ein Einfallstor für eine Spaltung unserer Gesellschaft und eine Delegitimierung unseres Staates.



Hovenjürgens
ANSAGE!



Save the Date Auftakt zum Europawahlkampf 2019

Samstag, 27. April, Münster

Halle Münsterland, Albersloher Weg 32, 48155 Münster

12:00 Uhr Einlass

13:00 Uhr Beginn der Veranstaltung



DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT

» DAS ALLERWICHTIGSTE
IST, DASS DU SAUBER
SPIELST, EGAL WO UND
WAS DU SPIELST. «

Bastian Schweinsteiger, Weltmeister mit der Fußballnationalmannschaft

WIR KÄMPFEN FÜR EIN LEGALES SPIEL
MIT FÜNF REGELN FÜR SPIELHALLEN:

Zutritt nur ab 18 • Kein Alkohol • Geschultes Personal
Spielerschutz • Geprüfte Qualität

automatenwirtschaft.de



Wir



spielen



fair

Die Deutsche Automatenwirtschaft ist sich ihrer Verantwortung für Spieler und Gesellschaft bewusst. Darum halten wir uns an strenge Grundsätze. Spielteilnahme erst ab 18 Jahren. Übermäßiges Spielen ist keine Lösung bei persönlichen Problemen. Beratung/Info-Tel. BZgA unter 01801-372700 (3,9 Cent/Min. aus dem dt. Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus deutschen Mobilfunknetzen).